

HESSEN



**Polizeiliche Kriminalstatistik
2011**

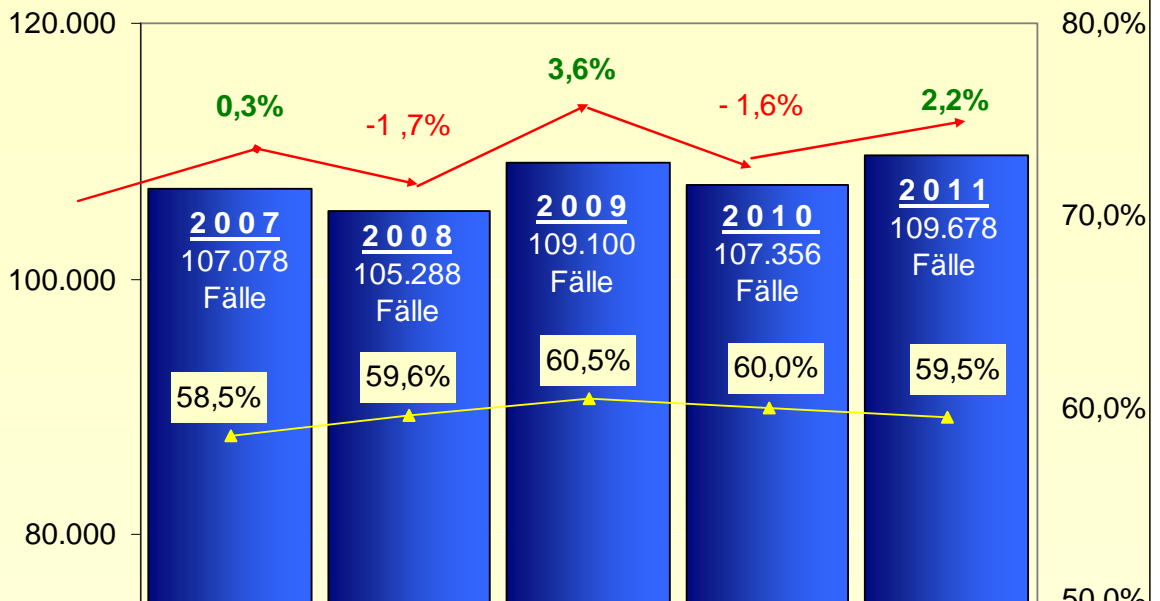
Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Pressepapier

herausgegeben vom Polizeipräsidium Frankfurt am Main

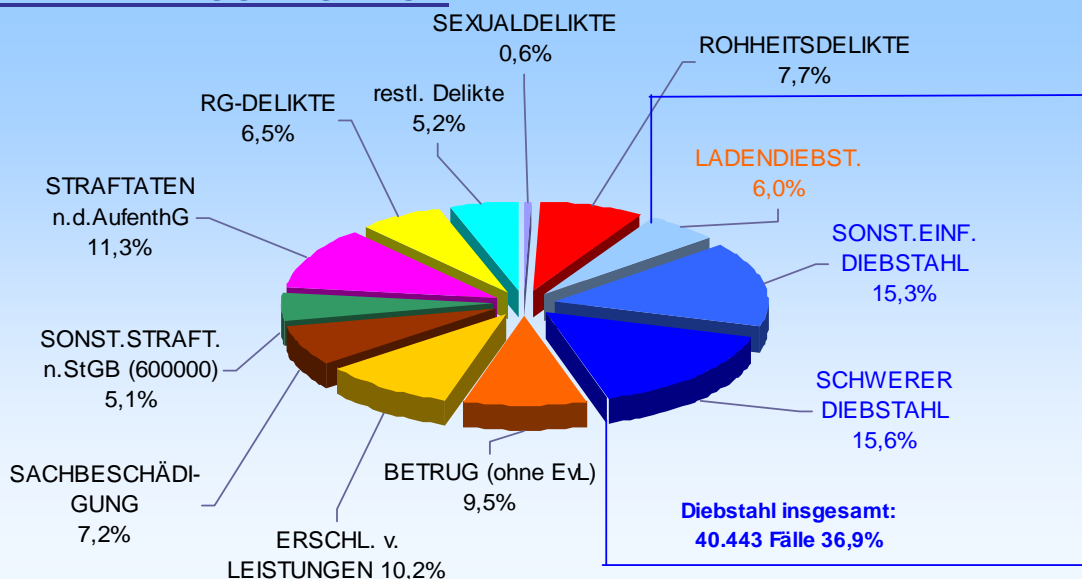
am 16. Februar 2012

KURZINFORMATION DER GESAMTENTWICKLUNG IN FRANKFURT AM MAIN 2011



ERMITTELTE TATVERDÄCHTIGE		Jahr 2010		Jahr 2011	
		Zahl	Anteil (%)	Zahl	Anteil (%)
GESAMTZAHLN		41.328		42.142	814
Geschlecht	männlich	30.155	73,0%	30.635	72,7%
	weiblich	11.173	27,0%	11.507	27,3%
Altersstruktur	Kinder unter 14 Jahren	822	2,0%	784	1,9%
	Jugendliche 14 bis < 18 Jahren	2.980	7,2%	2.933	7,0%
	Heranwachsende 18 bis < 21 Jahren	3.758	9,1%	3.526	8,4%
	unter 21-Jährige gesamt	7.560	18,3%	7.243	17,2%
	Erwachsene (über 21 bis > 60 Jahre)	33.768	81,7%	34.899	82,8%
Nationalität	Deutsche	18.761	45,4%	17.990	42,7%
	Nichtdeutsche	22.567	54,6%	24.152	57,3%

KRIMINALITÄTSSTRUKTUR



INHALTSVERZEICHNIS:

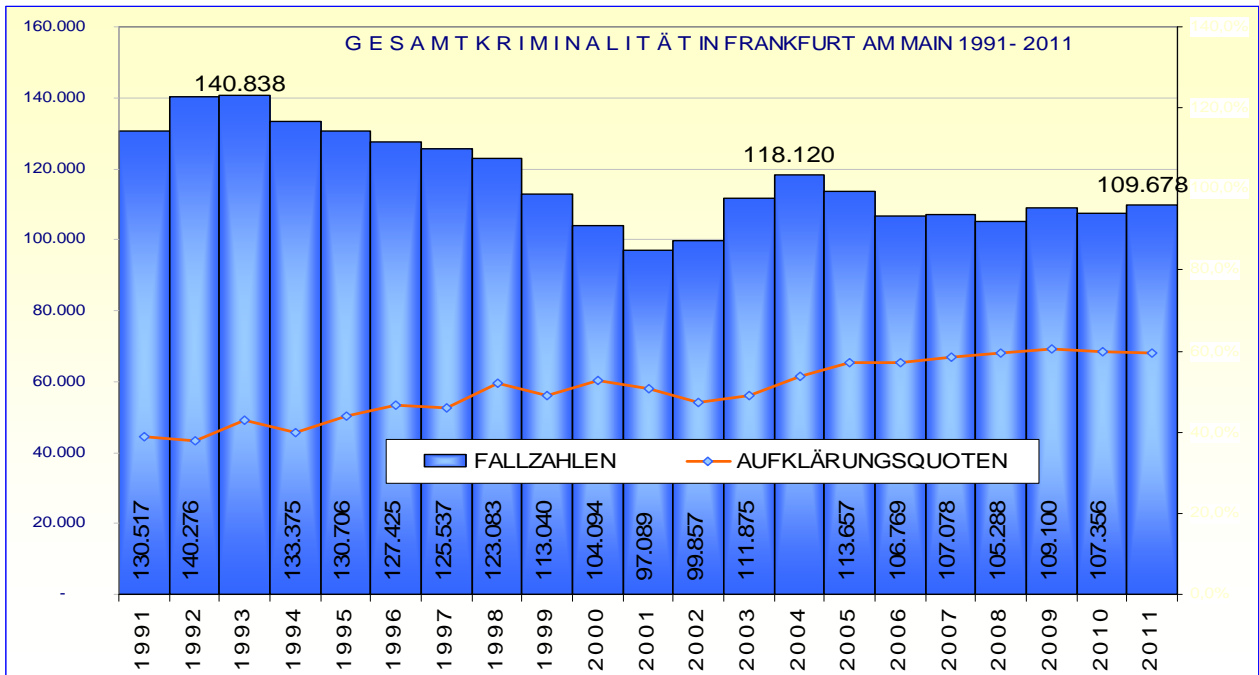
1	Allgemeine Entwicklung	4
2	Deliktische Entwicklung.....	5
2.1	Straftaten gegen das Leben	5
2.2	Sexualdelikte	6
2.3	Rohheitsdelikte	6
2.3.1	Raubdelikte	7
2.3.2	Körperverletzungen.....	9
2.3.3	Straftaten gegen die persönliche Freiheit	10
2.3.4	Häusliche Gewalt	11
2.4	Diebstahl.....	12
2.4.1	Einfacher Diebstahl	13
2.4.2	Schwerer Diebstahl	15
2.5	Vermögens- und Fälschungsdelikte	19
2.6	Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB)	22
2.7	Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze.....	22
2.7.1	Waffenkriminalität	23
2.7.2	Rauschgiftkriminalität.....	23
2.8	Wirtschaftskriminalität.....	24
2.9	Internetkriminalität	24
3	Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	25
4	Tatverdächtige.....	26
4.1	Tatverdächtige allgemein	26
4.2	Jugendkriminalität.....	28
5	Opfer	29
6	Schaden	30
7	Maßnahmen der regionalen Sicherheit / Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen....	31
8	Kriminaltechnik (DNA und Erkennungsdienst)	32
9	Prävention	32

1 Allgemeine Entwicklung

Die Gesamtkriminalität in Frankfurt am Main hat sich im Vergleich der letzten 20 Jahre sichtlich reduziert und liegt trotz der minimalen aktuellen Zunahme (+2,2%) um 9.192 unter dem Durchschnittswert der skizzierten Zeitreihe ($\emptyset = 118.865$ Straftaten). Ebenso positiv ist der Verlauf der Aufklärungsquote zu bewerten, der um knapp neun Prozentpunkte über dem Durchschnittsergebnis von 50,6% bei 59,5% liegt.

Die hessische Aufklärungsquote beträgt 58,5%.

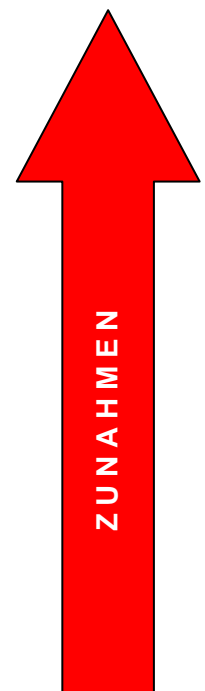
Grafik 1: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2011



Folgende Zu- und Abnahmen sind dabei hervorzuheben:

Zunahmen:

Deliktsbezeichnungen	± Fälle	± in %
725000 Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz	1.495	13,7%
300000 Einfacher Diebstahl - darunter:	1.738	8,1%
326*** - Ladendiebstahl	183	2,9%
335*** - in/aus Wohnungen	112	22,8%
350*** - in/aus Pkw	308	55,5%
*90*** - Taschendiebstahl	334	17,1%
- Trickdiebstahl	260	48,1%
40000 Schwerer Diebstahl - darunter:	561	3,4%
435*** - Wohnungseinbruchdiebstahl	281	13,3%
410*** - in/aus Arbeitsräumen, Büros	218	14,0%
4**3** - von Fahrrädern	205	6,0%
4250** - in/aus Verkaufsräumen	176	85,0%
450*** - in/aus Pkw	84	2,1%
4**1** - Pkw-Diebstahl	36	15,9%
516000 Betrug mittels rw.erl.unb.Zahlungsm.	300	15,9%
518300 Konto-/Überweisungsbetrug	111	13,9%
540000 Urkundenfälschung	249	14,9%
674100 Sachbeschädigung an Kfz	128	3,9%
550000 Geld- und Wertzeichenfälschung	127	92,0%
553000 - Fälschen von Karten / Vordrucken	116	138,1%
2160+70 Straßenraub (Handtaschen/Straße)	81	13,5%



Rückgänge:

	Deliktsbezeichnungen	± Fälle	± in %
515000	Erschleichen von Leistungen	-1.051	-8,6%
517100	Leistungsbetrug	-708	-60,8%
	Betrug ohne Erschleichen v. Leistungen	-313	-2,9%
730000	Rauschgiftkriminalität	-521	-6,8%
232000	Straftaten gegen die persönliche Freiheit - darunter:	-174	-9,80%
232300	- Bedrohung	- 103	-11,2%
893000	Wirtschaftskriminalität	- 140	- 19,5%
622100	Hausfriedensbruch	- 124	- 9,6%
220000	Körperverletzung - darunter:	- 14	- 0,2%
222010	- gefährliche KV	- 119	- 13,2%
100000	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmg	- 62	- 9,0%



2 Deliktische Entwicklung

2.1 Straftaten gegen das Leben

Die Reduzierung bei Straftaten gegen das Leben von 55 auf 49 Fälle beschränkte sich auf Morddelikte und fahrlässige Tötung, während Totschlagsdelikte um einen Fall auf insgesamt 30 Fälle zunahmen.

Der Anteil der Versuchshandlungen veränderte sich bei Morddelikten von 64,3% auf 62,5% und beim Totschlag von 75,9% auf 76,7%.

Die AQ liegt bei Straftaten gegen das Leben bei 87,8 % (Vorjahr 83,6 %)

STRAFTATEN GG. DAS LEBEN	Jahr 2010					Jahr 2011					Veränderung 2010 / 2011			
	Fälle	geklärt	AQ	Versuch	in%	Fälle	geklärt	AQ	Versuch	in%	± Fälle	in %	± gekl.	in %
Straftaten gegen das Leben	55	46	83,6	32	58,2	49	43	87,8	29	59,2	-6	-10,9	-3	-6,5
- Mord	14	14	100,0	9	64,3	8	7	87,5	5	62,5	1	3,4	4	16,0
- Totschlag u. Tötung a Verl.	29	25	86,2	22	75,9	30	29	96,7	23	76,7	-4	-36,4	-3	-50,0
- Fahrlässige Tötung	11	6	54,5			7	3	42,9						

Bei Straftaten gegen das Leben kamen im vergangenen Jahr 17 Menschen ums Leben; 33 Opfer überlebten den Angriff auf ihr Leben. Knapp ein Viertel der Opfer war weiblich (12). Bei mehr als der Hälfte der Opfer (27 Opfer = 54,0%) bestand eine Beziehung zum Tatverdächtigen.

Bei Totschlag lag der Anteil ausländischer Tatverdächtiger mit 63,2% über dem Gesamtwert bei Straftaten gegen das Leben von 54,5%.

	TATVERDÄCHTIGENSTRUKTUR									
	Jahr 2010					Jahr 2011				
	gekl. Fälle	TV gesamt	männl.	weibl.	Ntdt	gekl. Fälle	TV gesamt	männl.	weibl.	Ntdt
Straftaten gg d Leben in % von TV gesamt	46	63	51	12	32	43	55	50	5	30
		100,0	81,0	19,0	50,8		100,0	90,9	9,1	54,5

Weltweites Aufsehen erregten zwei vollendete und vier versuchte Morde an US-Soldaten, die am 02.03.2011, vor dem Flughafen Frankfurt, gerade einen Truppenbus besteigen wollten bzw. bereits bestiegen hatten.

Nachdem die Waffe des 21-jährigen Täters, der auf die Soldaten geschossen hatte, eine Waffenstörung zeigte, flüchtete er in den Flughafenbereich, wo er durch Beamte der Bundespolizei festgenommen werden konnte.

Er gab an, dass er unter anderem durch ein am Vortag gesehenes Video, worin die Vergewaltigung einer Frau durch US-Soldaten gezeigt wurde, zur Tat motiviert wurde.

Das Verfahren wurde von der Bundesanwaltschaft übernommen. Am 10. Februar 2012 wurde der Beschuldigte zu lebenslanger Freiheitsstrafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt.

2.2 Sexualdelikte

Die Gesamtzahl der **Sexualdelikte** reduzierte sich um 62 auf 625 Delikte (- 9,0%). Der höchste Rückgang liegt bei Straftatbeständen der Ausübung der verbotenen Prostitution (- 13,6%), die von der EG Milieu bearbeitet wurden. Der Tatbestand der „Beharrlichkeit“ nach § 184 e StGB ist erst erfüllt, wenn die Prostituierte zum vierten Male innerhalb des Sperrgebietes angetroffen wird; bis dahin liegt lediglich eine Ordnungswidrigkeit nach der Sperrgebietsverordnung vor.

Der Rückgang der Fallzahlen resultiert nach Erkenntnissen aus der Sachbearbeitung aus einem Verdrängungseffekt in die Toleranzzone Theodor-Heuss-Allee. Ein weiterer Aspekt für die rückläufige Entwicklung ist darin zu sehen, dass gerade im vergangenen Jahr viele Prostituierte neu aus Bulgarien zum Gelderwerb nach Frankfurt kamen, die sich möglicherweise eher an die Auflagen hielten.

STRAFTATEN GG. D. SEX SELBSTBESTIMMUNG	Jahr 2010			Jahr 2011			Veränderung 2010 / 2011			
	Fälle	geklärt	AQ	Fälle	geklärt	AQ	± Fälle	in %	± gekl.	in %
ST gg. sex. Selbstbestimmung	687	533	77,6	625	464	74,2	-62	-9,0	-69	-12,9
- Vergewaltigung/sex. Nöt.	88	54	61,4	94	73	77,7	6	6,8	19	35,2
- sonst. sexuelle Nötigung	47	26	55,3	61	33	54,1	14	29,8	7	26,9
- sex. Missbrauch von Kindern	99	67	67,7	83	43	51,8	-16	-16,2	-24	-35,8
- Ausübung d. verbot. Prostitution	272	272	100,0	235	235	100,0	-37	-13,6	-37	-13,6

Gegenläufig verlief die Entwicklung bei Vergewaltigung (6,8%) und (sonstiger) sexueller Nötigung (29,8%). Besonders herauszustellen ist die - trotz gestiegener Fallzahl - deutlich verbesserte Aufklärungsquote bei Vergewaltigung (77,7%).

Zu den 73 aufgeklärten Fällen (2010: 54) wurden 90 Tatverdächtige ermittelt (2010: 59), davon 54 Nichtdeutsche (60,0%; 2010: 31 = 52,5%). 27 Tatverdächtige (2010: 13 = 22,0%) waren jünger als 21 Jahre (30,0%).

	TATVERDÄCHTIGENSTRUKTUR									
	Jahr 2010					Jahr 2011				
	gekl. Fälle	TV gesamt	männl.	weibl.	Ntdt	gekl. Fälle	TV gesamt	männl.	weibl.	Ntdt
ST gg. sex. Selbstbestimmung	533	336	254	82	134	464	318	244	74	131
in % von TV gesamt		100,0	75,6	24,4	39,9		100,0	76,7	23,3	41,2
- Vergewaltigung/sex. Nöt.	54	59	59	0	31	73	90	89	1	54
in % von TV gesamt		100,0	100,0	0,0	52,5		100,0	98,9	1,1	60,0

Vergewaltigung einer 80-jährigen Frau:

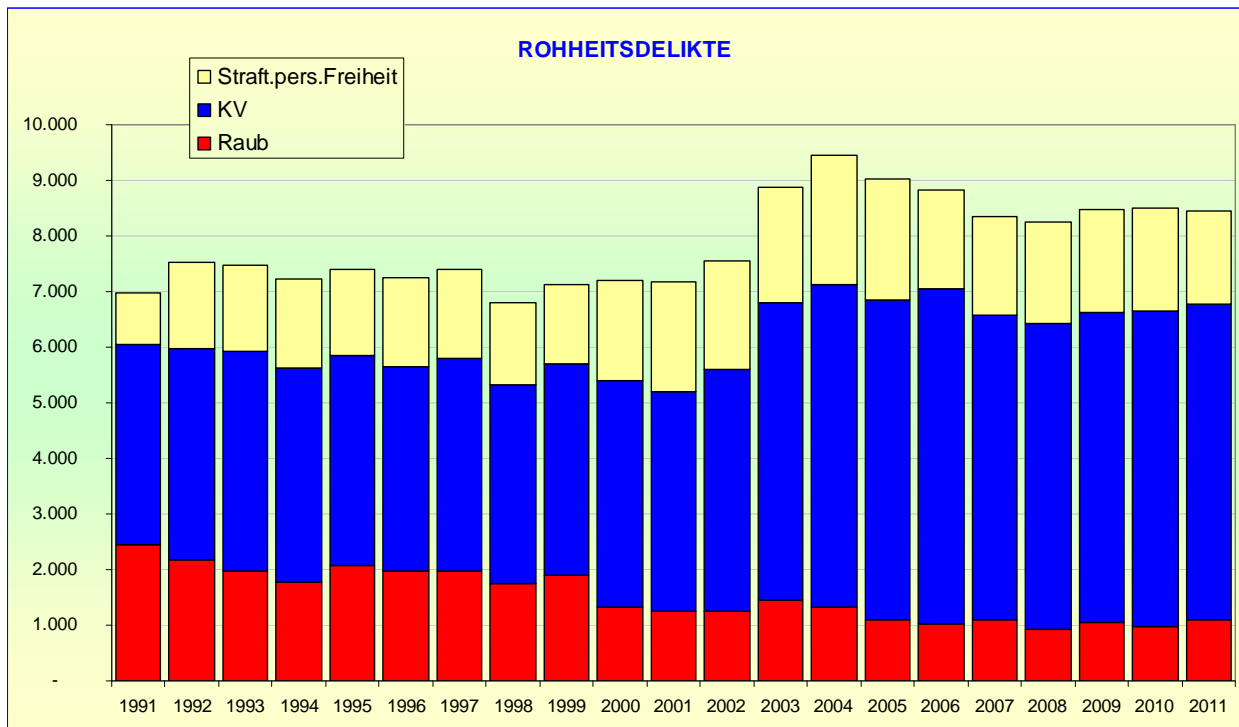
Im Juni 2011 war gegen 01.45 Uhr eine 80-jährige Frau in Frankfurt-Eckenheim, zu Fuß unterwegs, um sich durch Flaschensammeln etwas Geld zu verdienen. In Höhe eines Parkplatzes nahe der Feuerwehrstraße wurde sie von einem zunächst unbekanntem Täter ins Dunkel zwischen zwei parkende Autos gezogen und vergewaltigt. Schreie der Frau und ihren Hinweis, dass sie 80 Jahre alt ist, ignorierte der körperlich weit überlegene Täter, der nach der Tat flüchtete.

Im Rahmen einer sofort ausgestrahlten Fahndung fiel einer Streifenbesatzung ein Mann auf, auf den die Täterbeschreibung zutraf. Da er verschiedene Schmutzspuren aufwies und sich verdächtig verhielt, wurde er festgenommen. Es handelte sich um einen 29-jährigen Jurastudenten aus Frankfurt, der bisher noch nicht polizeilich in Erscheinung getreten war und seine Täterschaft zunächst abstritt. Die Spurenauswertung ergab, dass es sich bei den am Tatort und dem Opfer gesicherten Spermaspuren um DNA-Spuren des Jurastudenten handelte. Der Täter wurde in U-Haft genommen und mittlerweile zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten verurteilt

2.3 Rohheitsdelikte

Zu den Rohheitsdelikten zählen Raub- und Körperverletzungsdelikte sowie Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

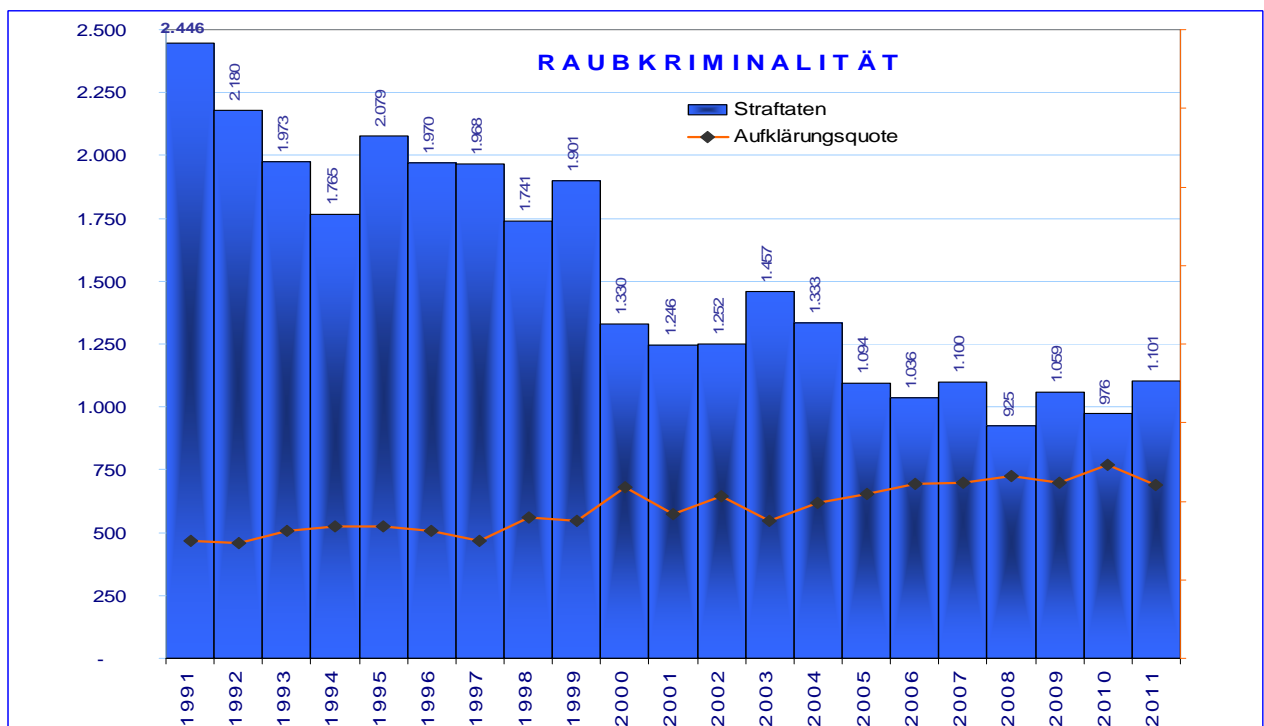
Durch den Rückgang der Straftaten gegen die persönliche Freiheit (-9,4%) und der Körperverletzungsdelikte (-0,2%) nahmen die Rohheitsdelikte um 0,7% ab. Mit einer Zunahme um 12,8% entwickelte sich die Raubkriminalität gegenläufig.



1.245 Rohheitsdelikte standen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, die mit 14,7% einen recht hohen Anteil an der Gesamtzahl der Rohheitsdelikte hatten.

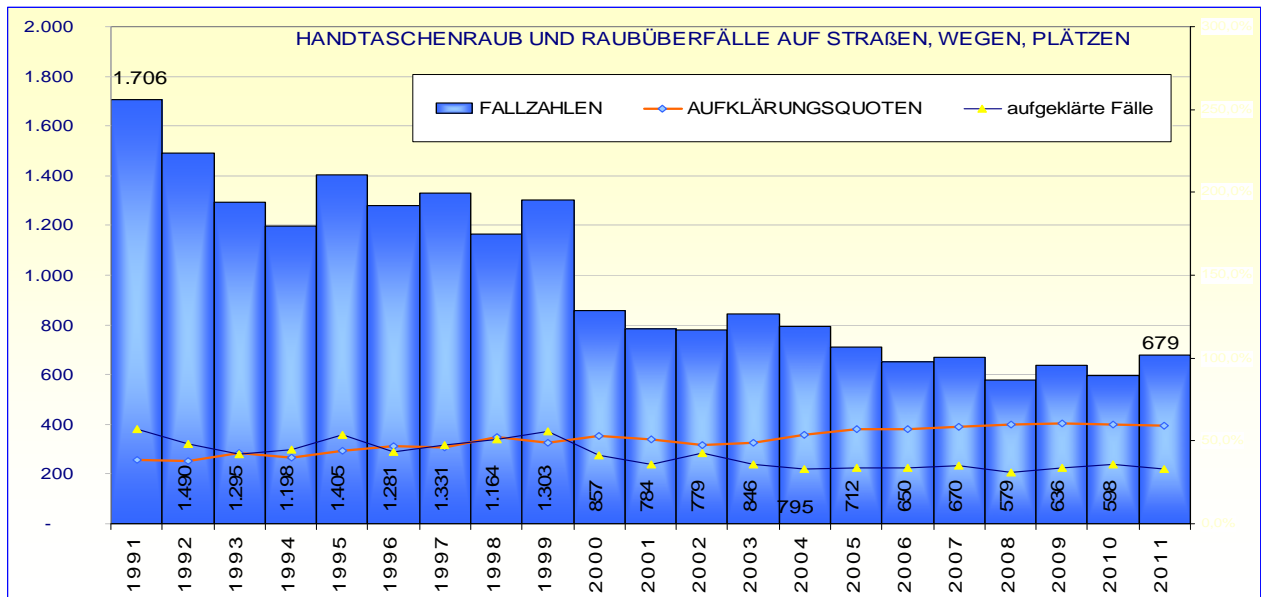
2.3.1 Raubdelikte

Der Straftatenkomplex des **Raubes, der räuberischen Erpressung und des räuberischen Diebstahls** hat gegenüber 2010 um 125 auf 1.101 Fälle zugenommen (12,8%). Die aktuelle Entwicklung ist im Dekadenvergleich nicht außergewöhnlich, sondern folgt seit 2006 exakt einem jährlichen Wechsel zwischen Zunahme und Rückgang. Im Langzeitvergleich von 2001 bis 2011 liegen die Fallzahlen trotz gelegentlicher Zunahmen unter dem Durchschnittswert von 1.144.



Die Zunahme der Delikte Handtaschenraub und Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen bewirkten eine leichte Abnahme der Aufklärungsquote, die sich trotz gleicher Anzahl aufgeklärter Fälle von 49,5% auf 44,1% reduzierte.

Grafik 3: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2011 bei Raubdelikten



Straßenraub (Summe aus Handtaschenraub und Raub auf Straßen, Wegen, Plätzen) ist in Frankfurt gegenüber 2010 zwar ansteigend (um 81 auf 679 Fälle = 13,5%), liegt aber dennoch quantitativ auf dem Stand von 2007 und 2009.

Aus der Graphik ergibt sich dieses Auf und Ab im Zweijahresrhythmus und verdeutlicht, dass die aktuelle Fallzahl für sich alleine kein Grund zur Beunruhigung ist. Der Anteil des Straßenraubes an der Gesamtzahl der Raubdelikte hat sich gegenüber den Werten des Jahres 2000 von 64,4% auf 61,3% reduziert¹.

Der Anstieg der Fallzahlen (13,5%) und der Rückgang der aufgeklärten Fälle (- 8,3%) reduzierte die Aufklärungsquote von außergewöhnlich hohen 40,1% im Jahr 2010 auf 32,4% im Berichtsjahr, obwohl diese dem Mittelwert der letzten zehn Jahre (32,3%) eher entspricht.

	TATVERDÄCHTIGENSTRUKTUR									
	Jahr 2010					Jahr 2011				
	gekl. Fälle	TV gesamt	männl.	weibl.	Ntdt	gekl. Fälle	TV gesamt	männl.	weibl.	Ntdt
RAUBKRIMINALITÄT	482	658	597	61	297	485	616	543	73	263
in % von TV gesamt		100,0	90,7	9,3	45,1		100,0	88,1	11,9	42,7
Handt. und Raub auf Str.	240	369	348	21	172	220	318	291	27	130
in % von TV gesamt		100,0	94,3	5,7	46,6		100,0	91,5	8,5	40,9

Obwohl die Zahl der aufgeklärten Delikte um drei Fälle zunahm, ging die Zahl der Tatverdächtigen von 658 auf 616 erheblich zurück (- 42 TV), wobei dieser Rückgang überwiegend durch die Differenz bei nichtdeutschen Tatverdächtigen (- 34 TV) ausgelöst wurde.

Der Anteil unter 21-jähriger Tatverdächtiger, der zwischen 2001 und 2011 einen Durchschnittswert von 63,1% an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen bei Raubkriminalität hatte, reduzierte sich 2011 auf 59,7%, wobei er im Vorjahr - aufgrund der auffallend hohen AQ - bei außergewöhnlich hohen 72,4% lag.

¹ Eine Unschärfe ergibt sich dadurch, dass die PKS nur solche Delikte unter Straßenraub subsumiert, die auf der Straße oder im öffentlichen Verkehrsraum stattfinden, nicht aber beispielsweise im ÖPNV

Die Fallzahlen der **Raubüberfälle in Wohnungen** steigen bereits seit 2006 von Jahr zu Jahr geringfügig an, doch die Zunahme 2011 um 25,5% (von 47 auf 59) fiel auffallend hoch aus, ohne dass es dafür eine schlüssige Erklärung gibt.

Am 13. August 2011 begann am Bahnhof in Höchst eine Straßenraubserie, die am 01. September 2011 mit der Festnahme der Tatverdächtigen rasch beendet werden konnte. Von den bis dato unbekannt Tätern wurden vornehmlich ältere Menschen angegangen, von denen einige ein offensichtliches Handicap aufwiesen, was diese Taten noch verwerflicher machte. Erstrebtes Raubgut waren einheitlich goldene Halsketten, von denen sich die Täter aufgrund des aktuell hohen Goldpreises einen lukrativen Gewinn versprachen. In relativ schneller Abfolge ereigneten sich diese Straftaten im Bereich des Frankfurter Westens.

Zeitnah zu den ersten Taten rückten aufgrund vorhandener Videoaufzeichnungen (ÖPNV) ein heranwachsender BASU21, dessen jugendliche 16jährige Freundin sowie ein 21jähriger Freund in den Fokus der Ermittlungen. Über die Staatsanwaltschaft im Haus des Jugendrechts konnten Anordnungen und richterliche Beschlüsse erwirkt werden, die eine breite Palette von kriminaltaktischen und strafprozessualen Maßnahmen gegen die Zielpersonen ermöglichten. Nachdem sich am Morgen des 01. September innerhalb weniger Minuten im Stadtteil Höchst zwei weitere gleichgelagerte Straftaten ereigneten, wurden die verdeckten Maßnahmen zum Teil aufgegeben und alle Tatverdächtigen festgenommen.

Nach anfänglichem Leugnen räumte der Heranwachsende (BASU21) insgesamt 12 der ihm angelasteten 14 Straftaten mit ausgesprochenem Täterwissen ein. In einigen Fällen war der erwachsene Freund tatbeteiligt. Der Tatverdacht gegen die Jugendliche konnte nicht weiter erhärtet werden.

Bereits im Rahmen der vorstehenden kurzen Falldarstellung fällt die Häufigkeit auf, mit der unterschiedlich ausgeprägte Hilflosigkeiten älterer Mitbürger rücksichtslos für den eigenen Profit ausgenutzt werden. Für solche Fälle wird das Erfordernis einer eingehenden psychologischen Betreuung erkennbar.

„Früher an später denken“ – gehört zur Philosophie des ressortübergreifenden Projekts „Haus des Jugendrechts“, damit junge Menschen frühzeitig durch einen verstärkten präventiven Ansatz erreicht werden. Früherkennung, Ermittlungsökonomie und Netzwerkarbeit sind die Kernaussagen des Präventionskonzepts BASU21. Jugendkriminalität und Präventionsprojekte sind im Mittelpunkt des Interesses stehende Themenkomplexe, wie der Besuch im Haus des Jugendrechts von Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel am 20. Juni 2011 im Rahmen der Innenministerkonferenz sehr deutlich machte.

Im Februar 2011 kam es zu einem atypischen Überfall in einer Bank im Frankfurter Bahnhofsgelände. Der Täter hielt insgesamt 15 Angestellte der Bank, die er mit Klebeband fesselte, unter Bedrohung einer Schusswaffe über eine Stunde lang gefangen.

Er wartete auf das Eintreffen des Kassierers, um den Tresorinhalt zu erpressen. Da der Kassierer nicht kam, ließ er sich das „private“ Geld der Angestellten geben, bevor er unerkannt flüchtete.

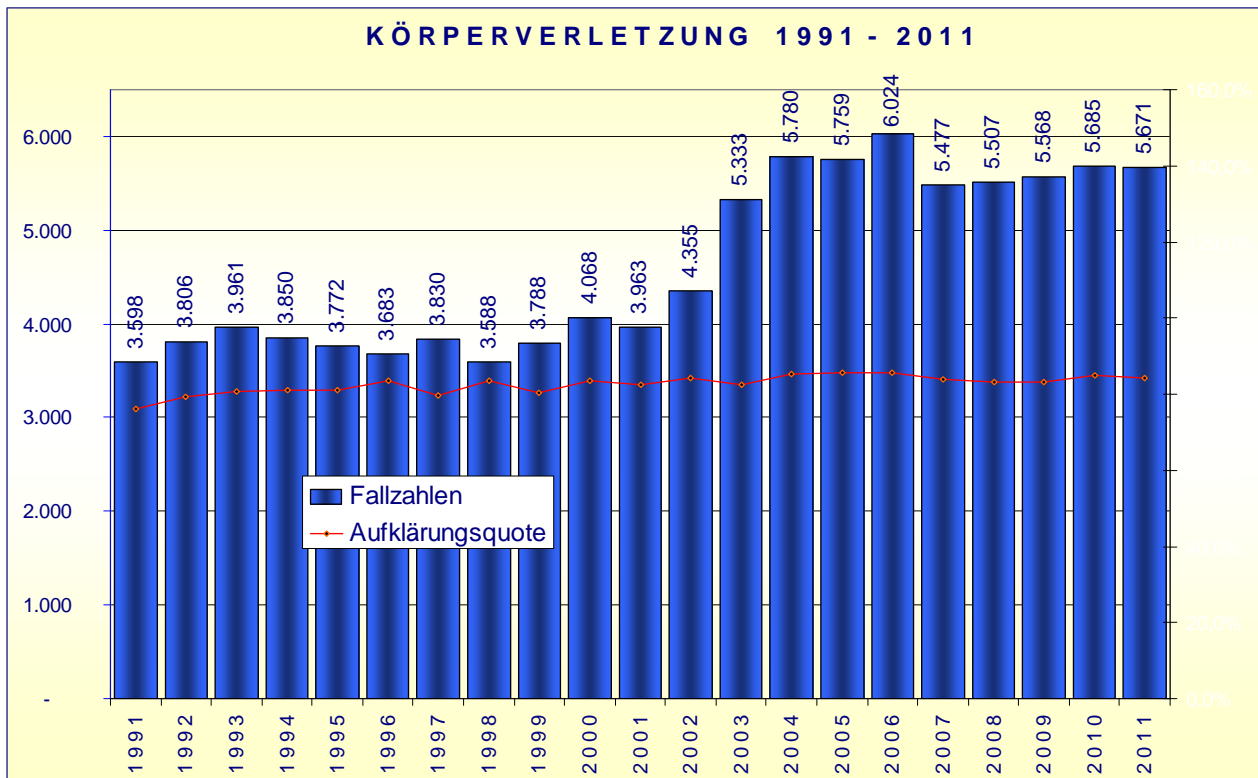
Obwohl der umsichtige Täter Handschuhe trug, konnte durch die aufwendige Spurensuche/untersuchung DNA-Material gewonnen werden, das zum Täter führte. Wie die Ermittlungen ergaben, handelte es sich um einen „Serienräuber“ aus Saarbrücken, der in den Jahren 1995 - 1997 mehrere Raubüberfälle mit ähnlichem modus operandi in Saarbrücken begangen hatte. Nachdem er dort eine Haftstrafe von 10 Jahren verbüßt hatte, begab er sich in die Schweiz und wurde dort kurze Zeit später erneut wegen einem Bankraub inhaftiert. Unmittelbar nach seiner Haftentlassung und Abschiebung aus der Schweiz beging er die Geiselnahme in der Frankfurter Bank.

Mit Unterstützung des LKA Saarland und dem SEK Saarland wurde er im November an seiner Wohnadresse in Saarbrücken festgenommen. Die Gerichtsverhandlung wird im Jahr 2012 stattfinden.

2.3.2 Körperverletzungen

Die Fallzahlen der Körperverletzungen sind gegenüber 2010 von 5.685 auf 5.671 (- 0,2%) leicht gefallen. Ausschlaggebend waren niedrigere Fallzahlen bei gefährlicher Körperverletzung um 119 Fälle auf 1.962 Fälle (-5,7%).

Grafik 4: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2011 bei Körperverletzungsdelikten



Eine mögliche Rolle für hohe Fallzahlen der letzten Jahre kann in einer höheren Anzeigebereitschaft der Gesellschaft liegen.

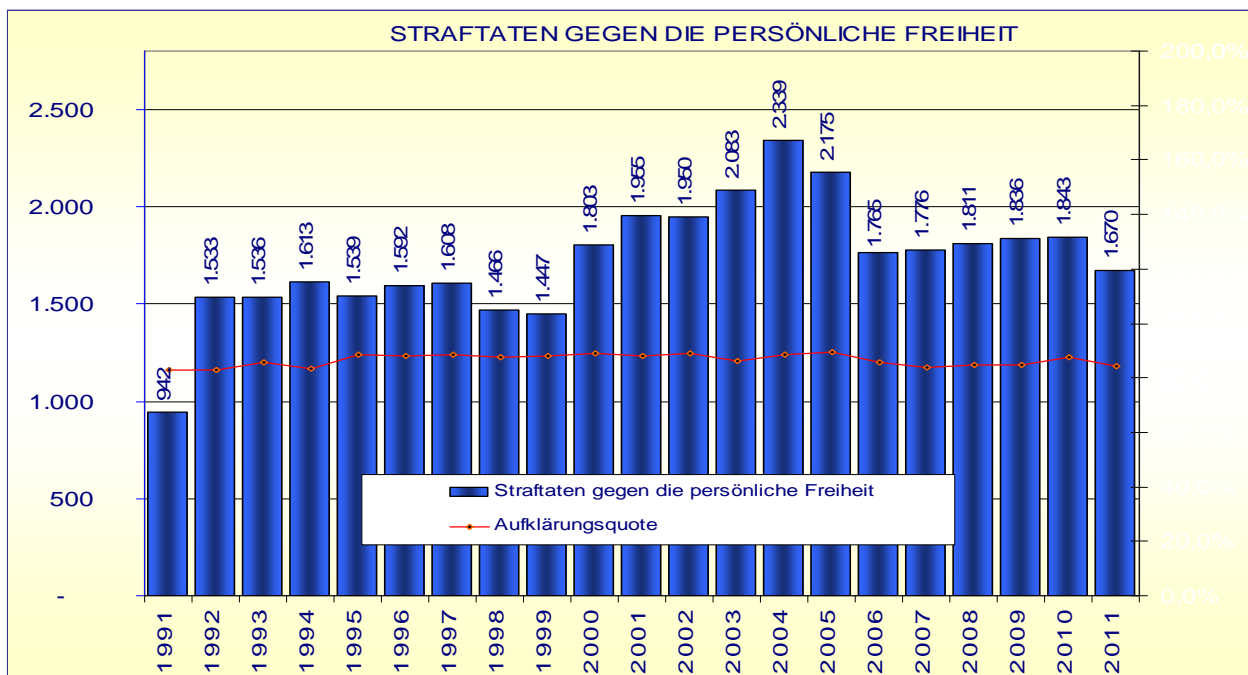
Ursachen vieler Körperverletzungen liegen vermutlich in einer höheren Gewaltbereitschaft, einem ruppigeren Umgang von Jugendlichen untereinander, einhergehend mit der weitverbreiteten Unfähigkeit, Konflikte verbal auszutragen sowie der Lust an Gewalt und stehen in engem Zusammenhang mit Machtgehebe.

2.3.3 Straftaten gegen die persönliche Freiheit

Die Deliktsabnahme innerhalb dieser Straftatengruppe auf 1.670 Delikte (- 173 Fälle = - 9,4%) resultiert aus den rückläufigen Zahlen des Teilbereiches „Freiheitsberaubung, Nötigung, Bedrohung, Stalking“, der sich in identischer Höhe reduzierte.

Dieser Teilbereich mit zusammen 1.608 Straftaten hat mit 96,3% einen hohen Anteil an den gesamten Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Während die Fallzahlen bei Freiheitsberaubung (2011: 51 Fälle) und Stalking (2011: 220 Fälle) lediglich Zunahmen um einen bzw. zwei Fälle erfuhr, lagen bei Nötigungs- und Bedrohungstatbeständen mit 74 bzw. 103 Fällen Rückgänge um 12,5% bzw. 11,2% vor.

Grafik 5: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2011 bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit



Hypothetisch kann das stagnierende Fallaufkommen der Stalkingfälle mit konsequenter polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang stehen. Polizeiliche Aufklärungsarbeit trug ebenso wie ausführliche Berichterstattungen in den Medien dazu bei, dass das Phänomen Stalking immer deutlicher in das Bewusstsein der Öffentlichkeit drang. Insbesondere wurde dadurch klargestellt, dass diese Handlungen einen Straftatbestand verwirklichen und sanktioniert werden, was mitunter abschreckend auf potentielle Täter wirkt.

Daneben führte die frühzeitige Gefährderansprache seitens der Polizei nach § 11 HSOG in zahlreichen Fällen zur Aufgabe der weiteren Tatbegehung.

Präventive Möglichkeiten weiterhin zu überdenken und anzugleichen ist Aufgabe der Polizei, gerade auch um zukünftig eine weitere Abnahme der Fallzahlen im Hinblick auf häusliche Gewalt und Stalking zu erreichen.

2.3.4 Häusliche Gewalt

Eine spezielle Konstellation von Gewalt liegt bei häuslicher Gewalt vor. Unter diesem Begriff sind sämtliche Arten der körperlichen oder psychischen Einwirkung in einer Partnerschaft oder nach deren Beendigung zu verstehen, die sich aus dieser Beziehung ergeben.

	Einzeldelikte der häuslichen Gewalt									
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Gesamtzahl (bis 2004 Mehrfachnennungen)	529	699	860	1.671	1.620	1.263	1.180	1.307	1.313	1.314
Einfache Körperverletzung	330	535	627	836	877	748	734	860	832	816
Bedrohung	74	173	175	283	199	122	121	116	137	120
Gefährliche Körperverletzung	127	139	179	265	314	248	213	198	202	183
Nötigung	13	38	39	67	31	21	22	24	16	21
Freiheitsberaubung	12	18	23	27	43	19	13	16	17	18
Vergewaltigung / sexuelle Nötigung	8	27	37	29	25	22	14	16	19	12
Mord / Totschlag (einschl. Versuch)	5	2	8	0	7	1	3	7	11	4
Stalking (erst seit 2007)						13	17	22	32	39

Die Fallzahlen in Frankfurt stagnieren seit drei Jahren und tragen zum hessischen Fallaufkommen lediglich 17% bei. Im Vergleich zu anderen Delikten und zur Gesamtkriminalität ist der Frankfurter Anteil sogar gering, was dafür spricht, dass Delikte der häuslichen Gewalt ihren Austragungsort häufiger in kleineren Städten oder ländlichen Gegenden finden.

Den größten Anteil an den Fällen häuslicher Gewalt haben mit 62,0% Körperverletzungsdelikte (einfache KV), an zweiter Stelle stehen gefährliche Körperverletzungen (13,9%) gefolgt von Straftaten gegen die persönliche Freiheit (15,2%).

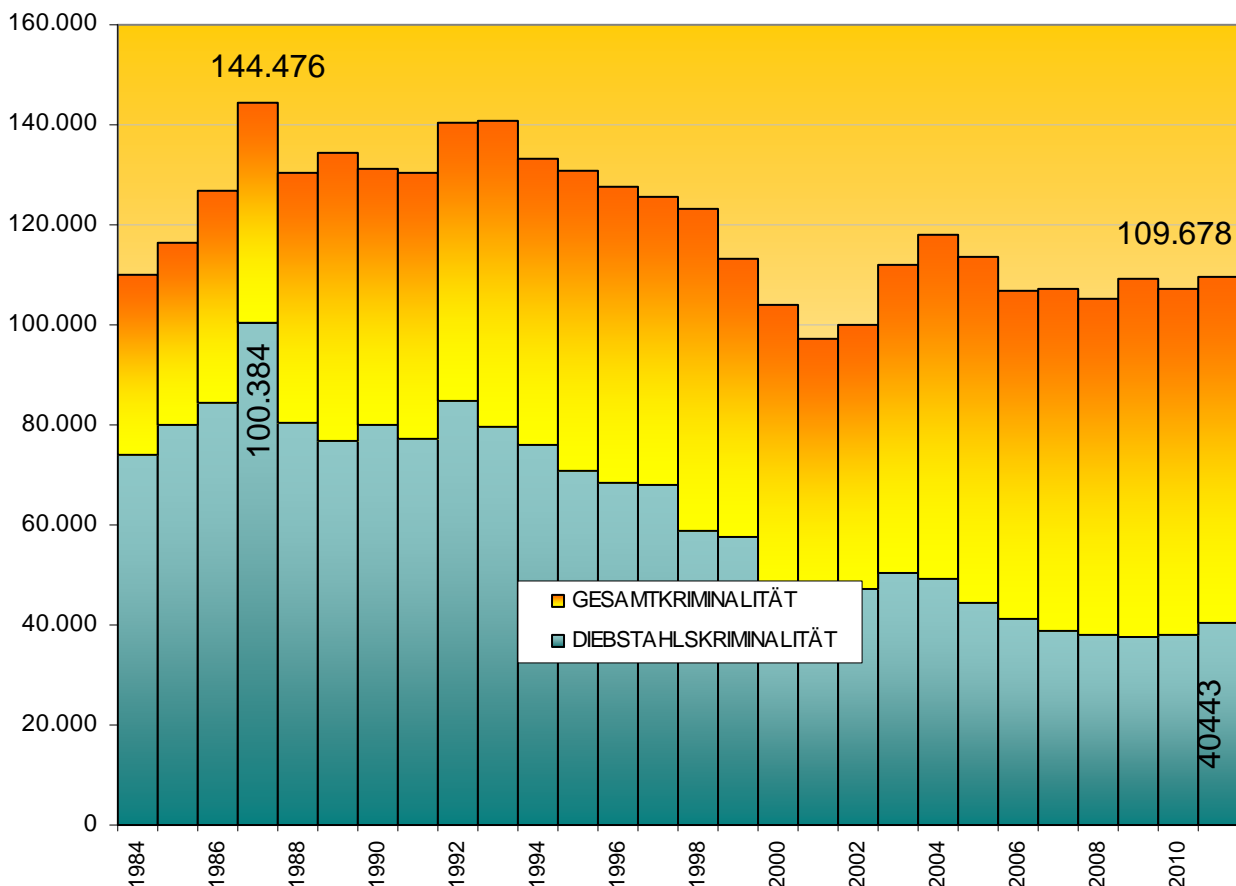
Die (Fach-) Beratungsstellen, die zumeist den Jugendämtern, freien Trägern sowie der Gerichtshilfe zuzuordnen sind, bieten spezielle Anti-Gewalt-Programme für gewalttätige Männer an. Ziel dieser Seminare ist es, einen Rückfall zu erneuten Gewalttätigkeiten zu verhindern bzw. gewaltfreie Lebensalternativen aufzuzeigen. Die Gewalt- und Rückfallquote konnte gesenkt werden. Im Bereich familiärer Gewalt hat sich das Frankfurter Kooperationsmodell (FraKoM) für eine konfliktregulierende Beratung (KrB) als erfolgreich erwiesen.

In der Beratung gewaltbereiter Täter hat sich „Der Wegweiser für die Beratung von Männern mit Gewaltproblemen“ bewährt. Die Broschüre gibt einen Überblick über die (Fach-) Beratungsstellen in Hessen.

2.4 Diebstahl

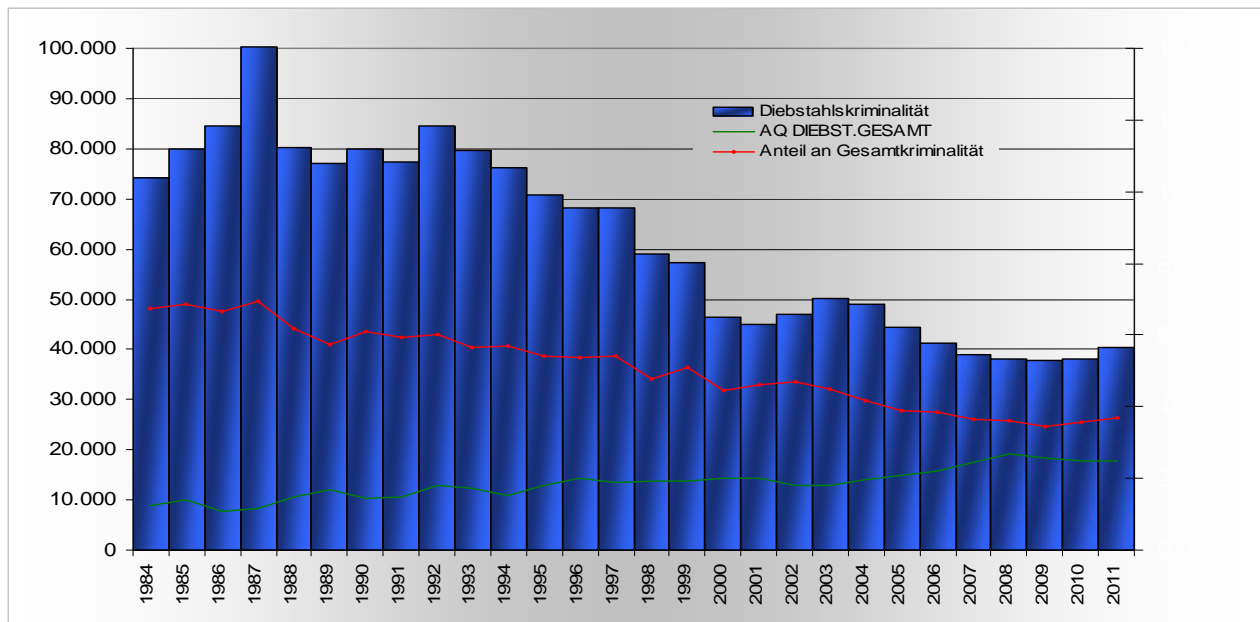
Diebstahlskriminalität erfuhr in der Summe einfacher und schwerer Diebstähle eine Zunahme um 2.299 Fälle (6,0%), die zu 75,6% auf steigende Zahlen des Diebstahls ohne erschwerende Umstände (einfacher Diebstahl) zurückzuführen waren. Diebstähle unter erschwerenden Umständen (schwerer Diebstahl) nahmen hingegen um lediglich 561 auf 17.152 Fälle (3,4%) zu, die sich auf wenige kriminologische Begehungsarten beschränkten.

Grafik 6: Entwicklung der Fallzahlen der Diebstahlskriminalität von 1984 bis 2011



1984, dem ersten Jahr der automatisierten statistischen Erfassung, lag die Gesamtkriminalität mit 110.114 Fällen lediglich um knapp 36.000 Fälle höher als die Diebstahlskriminalität mit damals 74.156 Fällen. Bis 1987 - dem Jahr mit dem höchsten Kriminalitätsstand - erhöhte sich die Gesamtkriminalität auf 144.476 Straftaten, darunter waren 100.384 Diebstähle, die einen Anteil von 69,5% am Kriminalitätsaufkommen hatten. Seit 1992 setzte ein starker Rückgang der Kriminalität insgesamt ebenso wie auch der Diebstahlskriminalität ein. In diesem Zeitraum veränderten sich einfache Diebstähle von 17.768 auf aktuell 23.291, während schwere Diebstähle sich um knapp 70% verringerten, da sie von 56.388 auf 17.152 Fälle im Jahr 2011 zurückgingen.

Im selben Zeitraum nahm der Anteil der Diebstahlskriminalität an der Gesamtkriminalität von 67,3% auf nunmehr 36,9% ab.



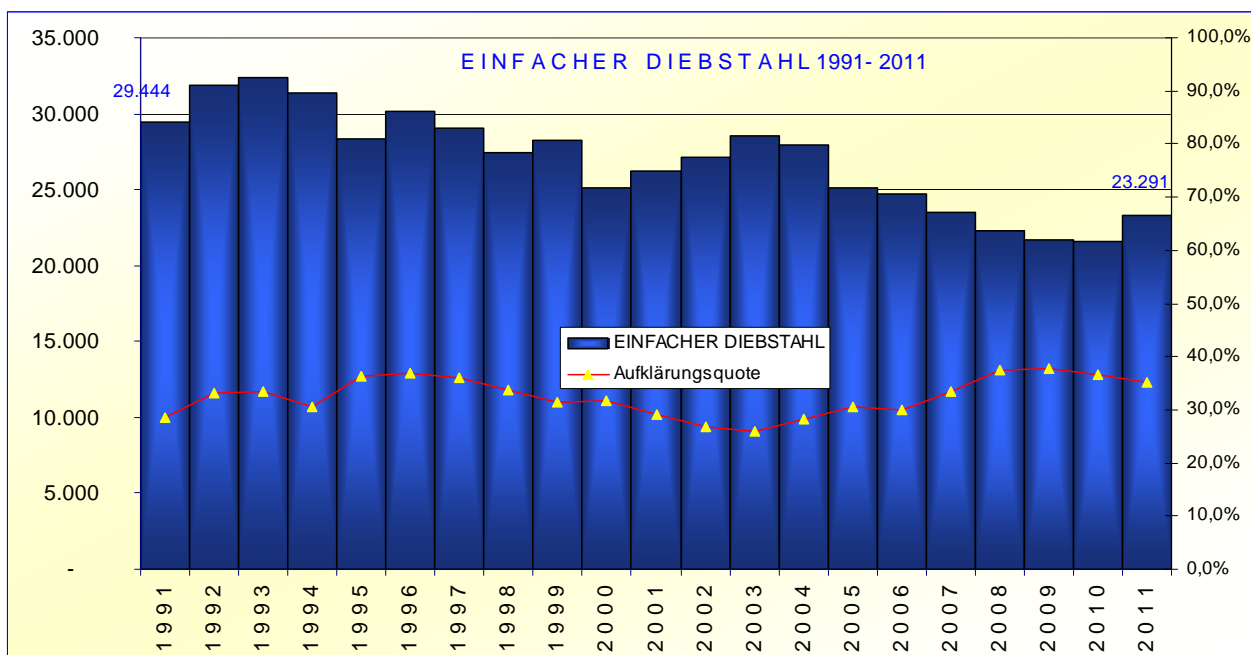
Ein Novum ist, dass die Zahlen des schweren Diebstahls seit dem Jahr 2000 um durchschnittlich 6.400 Fälle unter dem Fallaufkommen des einfachen Diebstahls liegen. Dadurch verschoben sich die Anteile der einzelnen Diebstahlsarten an der Gesamtkriminalität.

Diese überproportionale Abnahme der Diebstahlskriminalität führte sukzessive zu besseren Aufklärungsergebnissen, was sich auch 2011 mit einer Aufklärungsquote von 25,0% erneut bestätigte.

2.4.1 Einfacher Diebstahl

In der Langzeitbeobachtung der beiden letzten Dekaden war bis 2004 eine - allerdings nicht permanente - rückläufige Entwicklung der Fallzahlen festzustellen. Daran schloss sich von 2005 bis 2010 ein anhaltender Abwärtstrend an, der durch die Zunahme 2011 um **1.738** auf 23.291 Fälle (8,1%) zunächst beendet wird.

Grafik 7: Entwicklung der Fallzahlen, des Anteils an der Gesamtkriminalität und der Aufklärungsquoten der Diebstahlskriminalität von 1984 bis 2011



Die Zunahmen zeigen sich 2011 überwiegend in den Deliktsbereichen:

- Taschendiebstahl (+ 334 Fälle = 17,1%)
- Diebstahl in/aus aus Kfz (+ 308 Fälle = 55,5%)
- Trickdiebstahl (+ 260 Fälle = 48,1%)
- Ladendiebstahl (+ 183 Fälle = 2,9%) sowie
- einfacher Diebstahl aus Wohnungen (+ 112 Fälle = 22,8%)

Veränderung bei einfachen Diebstählen

EINFACHER DIEBSTAHL	Jahr 2010			Jahr 2011			Veränderung 2010 / 2011			
	Fälle	geklärt	AQ	Fälle	geklärt	AQ	± Fälle	in %	± gekl.	in %
Diebst. ohne erschw. Umst.(D.)	21.553	7.888	36,6	23.291	8.214	35,3	1.738	8,1	326	4,1
D. ohne weitere Zuordn.	5.569	733	13,2	6.211	833	13,4	642	11,5	100	13,6
Ladendiebstahl	6.353	5.982	94,2	6.536	6.046	92,5	183	2,9	64	1,1
in/aus Wohnungen	492	229	46,5	604	295	48,8	112	22,8	66	28,8
in / aus Pkw	555	46	8,3	863	84	9,7	308	55,5	38	82,6
Taschendiebstahl	1.953	81	4,1	2.287	114	5,0	334	17,1	33	40,7
Trickdiebstahl	541	96	17,7	801	155	19,4	260	48,1	59	61,5

Die hohen Fallzahlen des Taschendiebstahls sind kein isoliertes Frankfurter Phänomen. Vielmehr ist bundes- und sogar europaweit dieser Trend festzustellen und manifestiert sich in der Ermittlung reisender osteuropäischer Staatsangehöriger als Täter. In Frankfurt waren 2011 von den insgesamt ermittelten 124 Tatverdächtigen 101 Nichtdeutsche (81,5%) und darunter wiederum 22 Bulgaren und 41 Rumänen.

Zur ungewöhnlichen Steigerung der einfachen Diebstähle aus Kfz war 2011 vermehrt festzustellen, dass die Fahrzeuge nicht ordnungsgemäß verschlossen waren, was vor allem auf blindes Vertrauen zu funkgesteuerten Verschlusssystemen zurückzuführen sein dürfte.

Um die Bürger dafür zu sensibilisieren, den tatsächlichen Verschluss des Fahrzeugs manuell durch Ziehen am Griff zu überprüfen, war auf der IAA ein Informationsstand zum Thema „Sind Sie sicher, dass Ihr Fahrzeug wirklich verschlossen ist?“ von Mitarbeitern des sachbearbeitenden Kommissariates eingerichtet worden, um Autofahrer darüber zu informieren. Im Januar 2012 setzten Polizeibeamte die Informationskampagne mit einer Aktion fort, die in Parkhäusern und auf Parkplätzen unverschlossene Fahrzeuge feststellten, diese sicherten und Informationsbroschüren zurückließen.

Neben den Diebstählen aus unverschlossenen Fahrzeugen, die während des Bezahlvorgangs an Tankstellen abgestellt werden, ist 2011 auf ein weiteres Phänomen hinzuweisen, bei dem gezielt Hand-

werkerfahrzeuge, die oftmals unverschlossen an Baustellen abgestellt sind, ausgeräumt wurden. Neben Werkzeugen stahlen die Täter auch die persönlichen Wertsachen der Arbeiter.

Der Anstieg der Fallzahlen bei Trickdiebstahl ist auf mehrere Serien zurückzuführen. Beispielhaft seien hier die Serien durch Trickdiebe an Geldausgabeautomaten (GAA), Trickdiebstähle durch angebliche Geldwechsler, durch „Umarmen“, die Betrunkene im Bahnhofsgebiet und im Bereich der Alten Gasse freundschaftlich umarmen und dabei bestehen, zu nennen. Trotz der Zunahme um 260 Trickdiebstähle (48,1%!) konnte die Anzahl aufgeklärter Fälle von 96 auf 155 erhöht und die Aufklärungsquote auf 19,4% gesteigert werden.

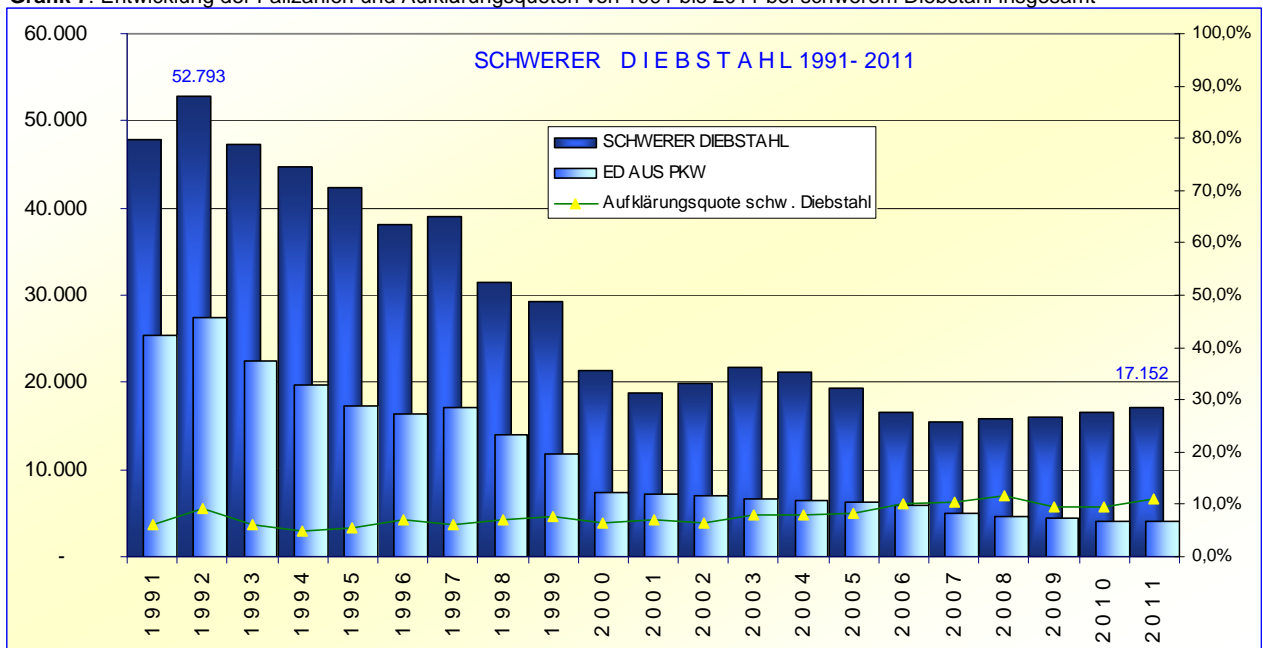
Der Anteil unter 21-Jähriger bei Trickdiebstählen lag 2009 und 2010 bei 27% und reduzierte sich 2011 auf 20,0%. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger lag 2011 mit 77,0% bisher am höchsten (2009: 69; 2010: 60; 2011: 104 ntd. TV).

Bei einfachen Diebstählen aus Wohnungen sind nicht nur die Fallzahlen gestiegen, sondern auch die Anzahl der aufgeklärten Fälle. Im Gegensatz zum Wohnungseinbruchdiebstahl gibt es bei einfachen Diebstählen oder Trickdiebstählen aus diesen Objekten einen für Diebstähle eher seltenen Täter-Opfer-Kontakt, was wesentlich zur Aufklärung dieser Fälle beitragen kann. Im vergangenen Jahr konnte in Frankfurt fast jeder zweite einfache Diebstahl aus Wohnungen aufgeklärt werden.

2.4.2 Schwerer Diebstahl

Dieses Delikt nahm in den vergangenen Jahrzehnten die außergewöhnlichste Entwicklung, die im Wesentlichen durch hohe Fallzahlen der schweren Diebstähle aus Kraftfahrzeugen gesteuert wurde.

Grafik 7: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2011 bei schwerem Diebstahl insgesamt



Schwerer Diebstahl weist in der Summe eine Zunahme um **561** auf 17.152 Fälle (3,4%) auf, die sich auf wenige kriminologische Begehungsarten beschränkt. Im Wesentlichen waren davon betroffen:

SCHWERER DIEBSTAHL	Jahr 2010			Jahr 2011			Veränderung 2010 / 2011			
	Fälle	geklärt	AQ	Fälle	geklärt	AQ	± Fälle	in %	± gekl.	in %
Diebstahl u.erschw.Umst.(DueU)	16.591	1.556	9,4	17.152	1.915	11,2	561	3,4	359	23,1
schw. D. in/aus Verkaufsräumen	207	27	13,0	383	83	21,7	176	85,0	56	207,4
schw. Diebst. Büro/Arbeitsräume	1.553	175	11,3	1.771	267	15,1	218	14,0	92	52,6
Wohnungseinbruchdiebstahl	2.105	180	8,6	2.386	299	12,5	281	13,3	119	66,1
schw. Diebst. in/aus Pkw	4.016	325	8,1	4.100	439	10,7	84	2,1	114	35,1
schw. Diebst. von Kfz	227	29	12,8	263	58	22,1	36	15,9	29	100,0
v Moped/Krad/unbef Ingebr.	719	115	16,0	450	49	10,9	-269	-37,4	-66	-57,4
Fahrraddiebstahl	3.430	131	3,8	3.635	165	4,5	205	6,0	34	26,0

Bei den genannten Delikten - mit Ausnahme der schweren Diebstähle von Krafträdern - fällt eine deutlich höhere Aufklärungsquote auf, trotz der erheblichen Zunahme des Fallaufkommens.

Auf die zunehmende Gesamttendenz wirkten Rückgänge bei zwei Deliktsarten ausgleichend:

- Schw. Diebstähle von mot. Zweirädern (2010: 719; 2011: 450 = - 269 = -37,4%) sowie
- Kellereinbrüche (2010: 1.405; 2011: 1.224 = -181 = - 12,9%).

2011 wurden erheblich weniger Fahrräder aus Kellern gestohlen; der Rückgang lag gegenüber dem Vorjahr bei 130 Fällen (-24,8%).

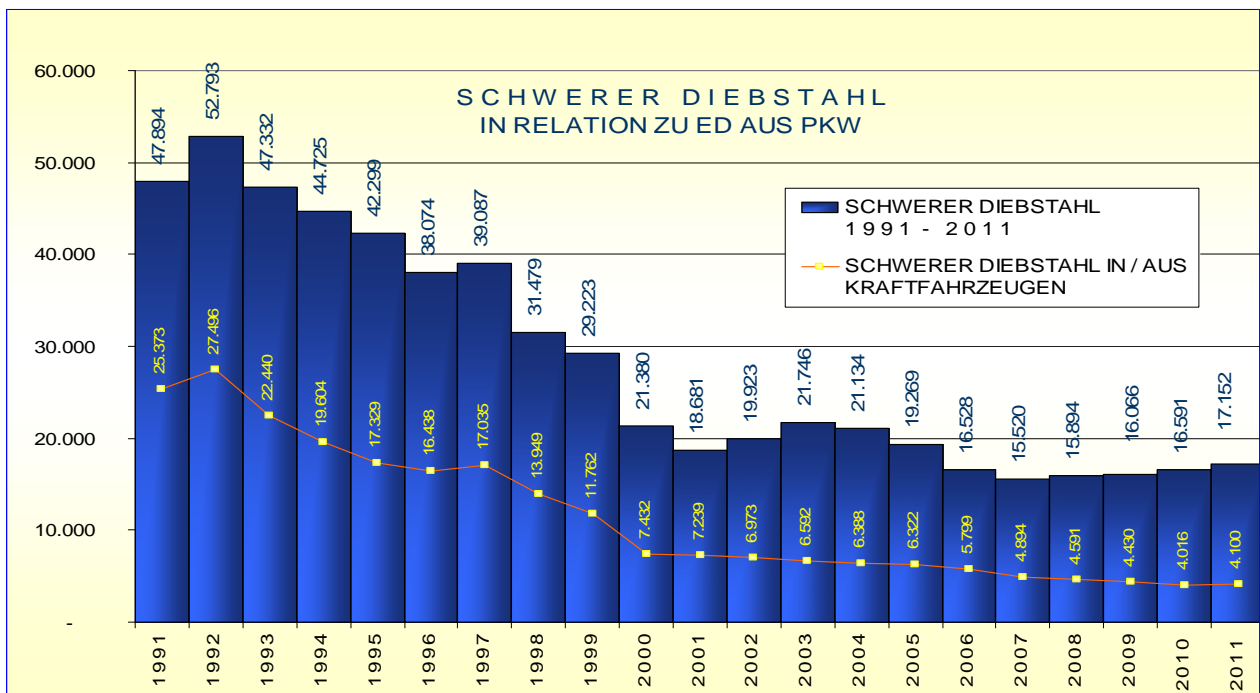
Zur Gesamtzahl der schweren Diebstähle wurden 2011 1.257 Tatverdächtige ermittelt; das waren 53 mehr als 2010 (+ 4,4%). Die Anzahl der nichtdeutschen Tatverdächtige stieg von 615 auf 658, wodurch sich ihr Anteil von 51,1% auf 52,3% erhöhte.

Die Zahl unter 21-Jähriger entwickelte sich gegenläufig und ging von 499 auf 451 zurück. Daher reduzierte sich deren Anteil von 41,4% auf 35,9%.

Über den gesamten Zeitraum der beiden letzten Dekaden betrachtet liegt die Fallzahl des schweren Diebstahls in/aus Kraftfahrzeugen mit aktuell 4.100 Pkw-Aufbrüchen weit unter dem Fallaufkommen der Jahre 1987 bis 1999.

Von den 4.100 Pkw-Aufbrüchen wurden 439 aufgeklärt. Die Aufklärungsquote ist mit 10,7% die zweithöchste nach 2008 mit 11,3%.

Grafik 8: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 bei Diebstahl in/aus Kfz insgesamt



Die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen konnte von 131 auf 174 erhöht werden, wobei die Anzahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen von 45 auf 81 stieg. Ihre Tatbeteiligung erhöhte sich dadurch von 34,4% auf 46,6%.

Interessant ist, dass der größte Zuwachs bei erwachsenen Tatverdächtigen liegt, während die Zahl der unter 21-Jährigen nur von 40 auf 51 stieg. Daher erhöhte sich ihr Anteil an den Tatverdächtigen lediglich von 26,3% auf 29,3%.

Ein herausragendes Strafverfahren war 2011 ein Großverfahren gegen litauische Staatsangehörige, denen eine Vielzahl von Taten zugeordnet werden konnte. Im Laufe der Ermittlungen konnten 26 hochwertige Navigationsgeräte und 15 Bildschirme sichergestellt werden. Die Beschuldigten wurden am 9.8.2011 festgenommen, als sie sich in die Heimat absetzen wollten.

Zwei Litauern einer offensichtlich anderen Gruppierung konnten nach dem Auffinden von zunächst 2 Navigationsgeräten im Nachhinein durch DNA-Treffer und umfangreichen weiteren Ermittlungen 60 weitere Taten zugeordnet werden.

Nach langen Jahren des Fallrückganges erfuhren schwere Diebstähle von Kraftwagen 2011 erstmals wieder einen Zuwachs. Im Rückblick auf einen seit 1992 anhaltenden permanenten Abwärtstrend liegt die aktuelle Diebstahlszahl mit 263 bei lediglich noch siebeneinhalb Prozent gegenüber 1992 mit 3.508 Delikten.

Fahrzeugdiebstähle der Herstellermarke Honda hatten 2011 einen Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet. Von 61 in Hessen gestohlenen Fahrzeugen dieses Fabrikats wurde ein Drittel in Frankfurt entwendet. Zahlreiche Fahrzeuge mit verfälschter FIN konnten dann in Polen und Litauen aufgefunden werden.

Die seit dem Spätsommer 2009 andauernde Serie der Entwendung neu- und hochwertiger BMW-Fahrzeuge in Frankfurt und den benachbarten Präsidiumsgebieten setzte sich auch in 2011 fort. Nach der Festnahme einer Gruppe tatverdächtiger Litauer durch das PP Mittelhessen im April 2011 endete die Serie, um sich von September bis Anfang Dezember wieder fortzusetzen. Es liegt nahe, dass es erneut litauische Gruppen sind. In der Vergangenheit schienen BMW-Limousinen die bevorzugten Fahrzeuge zu sein, doch zuletzt fiel die Wahl fast ausschließlich auf Fahrzeuge der Baureihen X5 und X6.

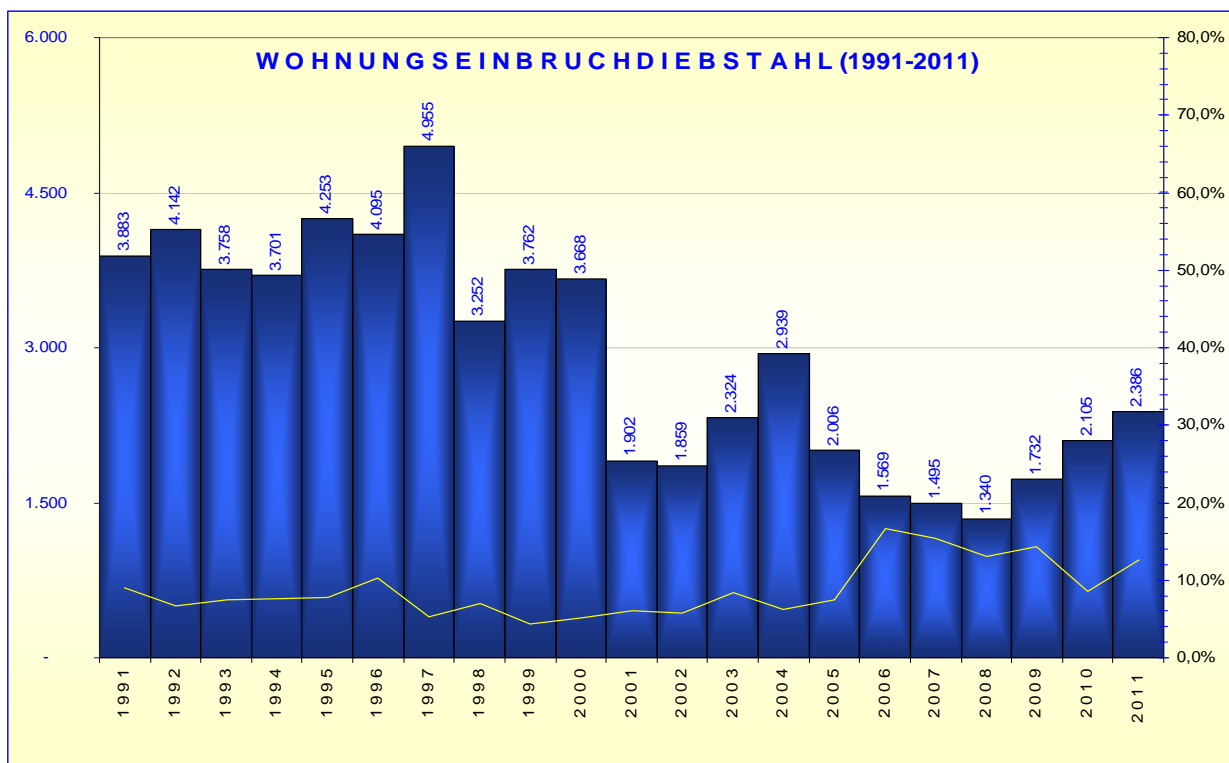
Die Anzahl der aufgeklärten Fälle hat sich von 29 auf 58 verdoppelt; die Aufklärungsquote stieg gegenüber dem Vorjahr von 12,8% auf 22,1%.

Analog zur höheren Zahl aufgeklärter Fälle konnte auch die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen von 39 auf 66 erhöht werden. Deutlich mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen waren Nichtdeutsche, deren Anteil von 61,5% auf 65,2% zunahm.

Die Steigerung der Aufklärungsquote als auch die Erhöhung der ermittelten Tatverdächtigen dürften auf die überregionalen polizeilichen Maßnahmen aller hessischen Polizeipräsidien zurückzuführen sein, die ganzjährig durchgeführt wurden. Bei der Feststellung von Diebstählen wurden umfangreiche Fahndungsmaßnahmen initiiert.

Wohnungseinbruchdiebstahl hat um 281 auf 2.386 Fälle (+ 13,3%) zugenommen, doch ist auch hier eine Langzeitbetrachtung notwendig, um die Entwicklung richtig zu bewerten.

Grafik 8: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 beim Wohnungseinbruchdiebstahl



Erst dabei zeigt sich, dass seit 1999 - dem Jahr mit den bisher höchsten Fallzahlen - eine prinzipiell rückläufige Fallzahlenentwicklung beobachtet werden kann. Bereits 2004 hatten sich die Zahlen im Vergleich zu 1999 annähernd halbiert (1999: 4.955 Einbrüche; 2011: 2.386). Dennoch bleibt festzustellen, dass seit 2009 die Delikte wieder steigen, wobei der aktuelle Anstieg um 281 Fälle niedriger ausfiel als in den Vorjahren.

Der Anteil der versuchten Wohnungseinbrüche (987 Fälle) nahm um 178 Fälle - das entspricht 22% - gegenüber dem Vorjahr zu. Der Anteil der versuchten Einbrüche erhöhte sich von 38,4% auf 41,4%. Das lässt den Schluss zu, dass unter anderem auch die polizeilichen Beratungen zur Sicherung des Wohneigentums Wirkung zeigen.

Die Aufklärungsquote konnte im Vergleich zum Vorjahr - trotz gestiegener Fallzahlen - von 8,6% auf 12,5% deutlich verbessert werden. Die Anzahl aufgeklärter Fälle erhöhte sich von 180 auf 299 um 66,1%. Signifikant nahm auch die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen von 151 auf 209 zu. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger liegt bei 63,2% (132 TV).

Die Rolle Minderjähriger ist trotz ihres Anteils von 34,9% (2010: 47,0%) durch die Zunahme der erwachsenen Täter deutlich reduziert. 2010 waren 71 der insgesamt 151 Tatverdächtigen unter 21 Jahren; 2011 erhöhte sich ihre Anzahl lediglich um zwei auf 73. Auffallend ist jedoch der fast unverändert hoch gebliebene Anteil nichtdeutscher Minderjähriger von 79,5%.

Sehr unterschiedlich sind die Täterstrukturen bei Wohnungseinbruchdiebstahl. Sie reichen vom Einzeltäter (47,8%) über örtliche Täter (44,5%) oder Drogenabhängige (11,0%) bis zu mobilen, straff durchorganisierten und methodisch vorgehenden internationalen Tätergruppen. Die nahezu täglich durchgeführten Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen richteten sich beispielsweise gegen überregional agierende Wohnungseinbrecher, die in besonderem Maße aus Südosteuropa zur bandenmäßigen Straftatenbegehung anreisen. Das Phänomen der reisenden Wohnungseinbrecher aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet wirkte sich 2011 nicht so stark wie in den Vorjahren auf die Fallzahlenentwicklung aus, was auf das konsequente Einschreiten der französischen Strafverfolgungsbehörden gegen die ortsansässigen Drahtzieher zurückzuführen ist.

2011 kam es zu Festnahmen hochkarätiger Wohnungseinbrecher und der Zerschlagung von erkannten Bandenstrukturen, wie beispielsweise der sogenannten „Bike Connection“, die mit einer Wohnungseinbruchserie im Norden Frankfurts für hohe Fallzahlen verantwortlich waren.

Den steigenden Fallzahlen des Wohnungseinbruchs trat die Polizei 2011 erneut mit modifizierten Einsatzkonzeptionen und einer Vielzahl von strategischen und operativen Bekämpfungsmaßnahmen, einhergehend mit einem hohen Kräfteansatz, entschieden entgegen. Begleitend fanden umfangreiche, brennpunktorientierte Präventionsmaßnahmen statt, die sich sowohl auf die Steigerung der AQ als auch auf den gestiegenen Anteil der Versuchshandlungen auswirkten.

Mit der Einrichtung einer sogenannten Koordinierungsstelle Wohnungseinbruchdiebstahl, einer Verzahnung zwischen Fachkommissariat zusammen mit dort neu gebildeten täterorientierten Ermittlungseinheiten und operativen Kräften sowie der neu eingerichteten Tatortgruppe, wird diesem Ansatz Rechnung getragen.

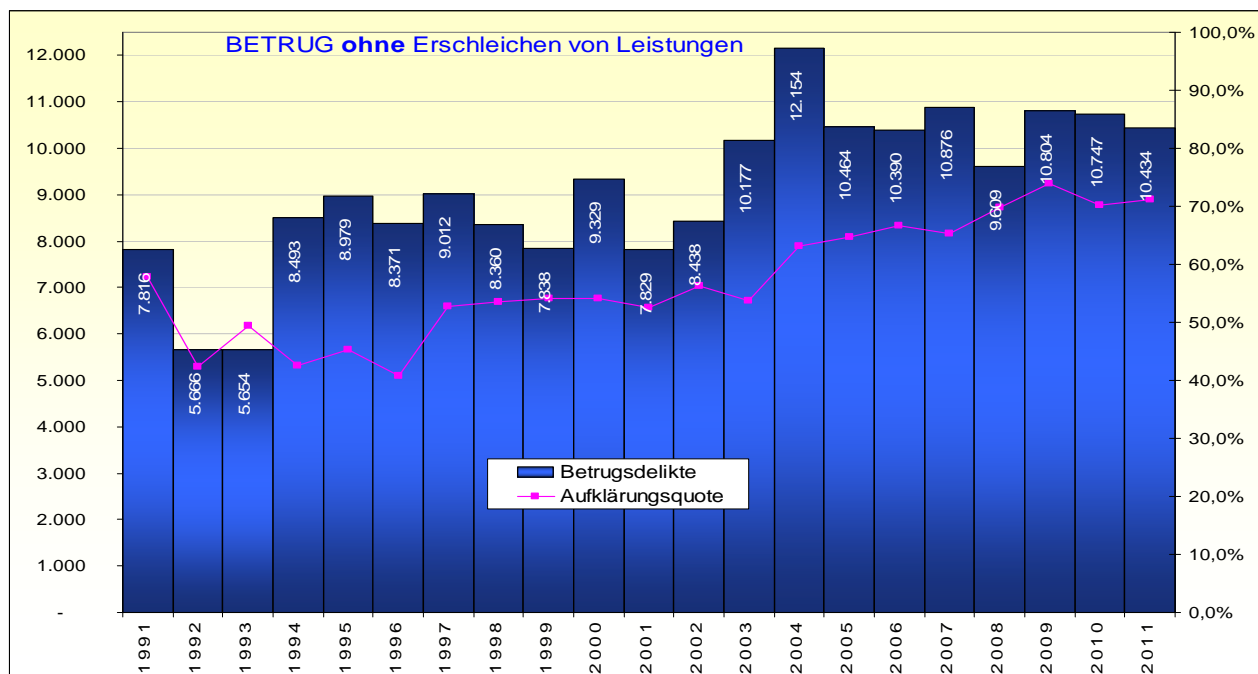
Die neu eingerichtete **Tatortgruppe** trägt auf dem Sektor des Wohnungseinbruchdiebstahls durch unmittelbar folgende ganzheitliche Tatortarbeit zu einer schnelleren und qualifizierten Bearbeitung und Tataufklärung bei. Nach Eingang der Meldung eines Wohnungseinbruchs werden alle notwendigen Ermittlungen und parallel dazu die Spurensuche und -sicherung durchgeführt. Zusätzlich wird durch das Angebot einer Sicherheitsberatung den Betroffenen geholfen, sich in den eigenen vier Wänden wieder möglichst schnell sicher zu fühlen.

Durch umfangreiche Fahndungsmaßnahmen werden insbesondere - die vornehmlich reisenden Straftäter - durch regelmäßige Kontrollen aus der Anonymität herausgeholt und gleichzeitig Ermittlungsansätze gewonnen.

2.5 Vermögens- und Fälschungsdelikte

Vermögens- und Fälschungsdelikte erfuhren in der Summe einen Rückgang um 950 auf 25.459 Straftaten (- 3,6%). Den größten Anteil, auf den auch die höchsten Rückgänge entfielen, haben mit 84,8% die Betrugsdelikte.

Grafik 9: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1991 bis 2011 bei Betrug ohne Erschleichen von Leistungen



Der Rückgang der **Betrugsdelikte** um 1.364 auf 21.590 Fälle (-5,9%) wurde quantitativ überwiegend durch **Erschleichen von Leistungen** (- 1.051 Fälle = 8,6%) ausgelöst². Veränderungen sind fast ausnahmslos vom Kontroll- und Anzeigeverhalten der Verkehrsbetriebe abhängig.

	Jahr 2010			Jahr 2011			Veränderung 2010 / 2011			
	Fälle	geklärt	AQ	Fälle	geklärt	AQ	± Fälle	in %	± gekl.	in %
- Betrug	22.954	19.713	85,9	21.590	18.565	86,0	-1.364	-5,9	-1.148	-5,8
Betrug ohne Leistungerschl.	10.747	7.543	70,2	10.434	7.433	71,2	-313	-2,9	-110	-1,5
- rechtsw. erl. unb. Zahl.-Mitt.	1.887	767	40,6	2.187	1.170	53,5	300	15,9	403	52,5
-Leistungsbetrug	1.165	999	85,8	457	349	76,4	-708	-60,8	-650	-65,1
-Kontoeröff./Überweisungs b.	800	582	72,8	911	739	81,1	111	13,9	157	27,0

Die Entwicklung der „echten“ Betrugsdelikte war leicht rückläufig (- 313 = - 2,9%), was durch den hohen Rückgang des Leistungsbetrugs (- 708 = - 60,8%) ausgelöst wurde.

Die Aufklärungsquote lag einschließlich der Beförderungsererschleichung bei 86,0%. Ohne dieses zu annähernd 100% aufgeklärte Kontrolldelikt hat sich die Aufklärungsquote der übrigen Betrugsdelikte von 70,2% auf 71,2% erhöht, was als Ausdruck qualifizierter Sachbearbeitung zu werten ist.

Zunahmen zeigen sich bei mehreren Betrugsarten. So nahmen Betrugsdelikte i. Z. mit rechtswidrig erlangten unbaren Zahlungsmitteln (+ 300 = 15,9%) ebenso zu wie Kontoeröffnungs-/Überweisungsbetrug (+ 111 = 13,9%).

² Seit April 2010 führt die VGF die Kontrollen im ÖPNV nicht mehr in zivil, sondern uniformiert durch, um den Fahrgästen ein höheres Sicherheitsgefühl zu vermitteln

Ursächlich für die höheren Zahlen des Kontoeröffnungsbetrugs war der Abschluss eines Sammelverfahrens mit Tatzeit 2009, das erst Ende 2010 bzw. 2011 nach Bearbeitung durch die AG K.A.N. (Arbeitsgruppe Kreditkartenanträge) erfolgreich beendet wurde.

Aus diesem Verfahren resultierte die evidente Zunahme aufgeklärter Fälle von 582 auf 739; die Aufklärungsquote stieg dadurch von 72,8% auf 81,8%. Im Deliktsfeld Überweisungsbetrag hatten sich die Ermittlungen gegen 3 Tatverdächtige gerichtet, die zusammen 137 Fälle des Überweisungsbetrugs begangen hatten. Sowohl Kontoeröffnungs- als auch Überweisungsbetrag haben nach Angaben von K 23 generell steigende Tendenzen.

Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel (z. B. Debit-, Geld- und Kreditkarten) nahm 2011 um 300 Fälle (15,9%) auf 2.187 Fälle zu. Ursächlich waren gestiegene Fallzahlen des Betrugs mit Kreditkarten, die sich von 543 auf 683 erhöhten. Eine Tatserie war dabei nicht zu erkennen.

Der gleiche Trend betraf Betrugshandlungen mittels Debitkarten ohne PIN (Bezahlung im Lastschriftverfahren), die um 131 auf 773 Fälle zunahm

Viele Handelsketten haben vom Lastschriftverfahren mittels Unterschrift auf das sicherere Verfahren mit PIN-Eingabe umgestellt. Nicht autorisierte Zahlungen werden dabei unmittelbar abgewiesen.

Computerbetrug ist von 145 auf 105 Fälle um 27,6% deutlich zurückgegangen. Die Aufklärungsquote hat sich von 60,0% auf 63,8% verbessert.

Bei **Leistungsbetrug** war ein deutlicher Rückgang um 708 Fälle (- 60,8%) zu verzeichnen. Der statistische Rückgang ist maßgeblich auf zwei Großverfahren des PP Frankfurt zurückzuführen, das 2010 zu einem erheblichen Anstieg der Fallzahlen geführt hatte. Nach Abschluss dieses Verfahrens bewegten sich die Fallzahlen 2011 auf normalem Niveau.

Bei **Waren- und Warenkreditbetrug** trat - trotz der Zunahme des Tankbetrugs - eine Stagnation ein.

Die Fälle des **Beteiligungs- und Kapitalanlagebetruges** haben im Teilsegment des Anlagebetrugs von 123 auf 138 Fälle zugenommen (12,2%). Die Aufklärungsquote lag in beiden Vergleichsjahren bei nahezu 100 Prozent.

Fallschilderung eines Betrugs mit einem Schaden von knapp 700.000 €:

Durch Hinweise eines Geschädigten konnte von der AG SÄM (Straftaten zum Nachteil älterer Menschen) ein Verfahren gegen einen deutschen Staatsangehörigen übernommen werden, bei dem sich sehr schnell der Verdacht des fortgesetzten Betrugs mit einem vorläufigen Schaden von zunächst 198.700 € bestätigte. Im Laufe des Verfahrens konnte der Beschuldigte ermittelt werden. Dieser gab sich dabei als Erbe eines Millionenvermögens aus, das er allerdings noch erstreiten müsse und dafür benötige er Geld, welches er aus diesem Erbe zurückzahlen würde. Mit dieser Masche brachte der angebliche Erbe seit Beginn 2010 zahlreiche Geschädigte dazu, ihm Darlehen für den angeblichen Rechtsstreit mit den restlichen Erbnehmern zu überlassen.

In der Anklageschrift wird ihm vorgeworfen, in 94 Fällen einen Vermögensverlust großen Ausmaßes verursacht zu haben. In 36 Fällen stellte er gewerbsmäßig eine unechte Urkunde her und gebrauchte diese, wodurch ein weiterer großer Vermögensverlust entstand. Im Zuge der Vernehmung räumte er den Tatvorwurf des fortgesetzten Betruges ein.

Die bisher bekannten Geschädigten stammen aus allen Schichten der Bevölkerung und hatten dem Beschuldigten innerhalb eines Jahres die Geldsumme von 685.170 € (laut Anklage) für den Rechtsstreit um sein Erbe überlassen.

Der tatsächliche Schaden dürfte erheblich höher liegen, da ein Großteil der Geschädigten aus Scham, auf einen derartigen Betrüger hereingefallen zu sein, nicht die wahren Summen nannten, die sie teilweise bei Verwandten geliehen oder als Kredite bei Banken aufgenommen hatten.

Mehrere Anleger gingen durch die Verluste mit ihren Firmen in die Insolvenz. Ein Geschädigter bezieht seither Sozialhilfe.

Noch nach Anklageerhebung gingen bei der AG SÄM weitere Ermittlungsverfahren verschiedener Staatsanwaltschaften aus dem gesamten Bundesgebiet ein. In einem Verfahren der StA Gießen wird derselbe Beschuldigte auch dort wegen Betrugs mit einem Schaden von 60.000 € geführt

Anfang Februar 2012 wurde der angebliche Erbe zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Anzahl der registrierten **Urkundenfälschungen** nahm von 1.676 auf 1.925 um 249 Fälle (14,9%) zu. Eine Zunahme um 150 Delikte bezieht sich auf Delikte, die am Frankfurter Flughafen durch Kontrollen seitens der Bundespolizei auffallen und dort bearbeitet werden (2010: 965; 2011: 1.115). Durch das Tatortprinzip erscheinen diese Straftaten in der Frankfurter PKS (weitere Ausführungen hierzu S. 33).

Urkundenkriminalität hat in den letzten Jahren - insbesondere mit der Einführung elektronischer Dokumente wie Reisepass und Personalausweis - deutlich an Bedeutung gewonnen. Vor allem im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Kriminalität haben ge- und verfälschte Dokumente in ihrer Anzahl und Qualität zugenommen, die zumeist Ausgangsdelikt vielfältiger Straftaten wie Kontoeröffnungsbetrug, Kreditbetrug, illegaler Aufenthalt, Menschenhandel, Rotlichtkriminalität oder Geldwäsche sind.

Um diesen Entwicklungen zu begegnen, wurden in Hessen seit April 2010 landesweit 20 Urkundenprüfstellen und Urkundenvorprüfstellen neu eingerichtet, in denen besonders ausgebildetes Personal der hessischen Polizei mit speziellen technischen Geräten in der Lage ist, Fälschungen schnell festzustellen. Parallel werden die Bediensteten der Schutz- und Kriminalpolizei dahingehend ausgebildet, mit einfachen technischen Hilfsmitteln fälschungsverdächtige Dokumente bei einer Personenkontrolle zu erkennen.

Geld- und Wertzeichenfälschung, die sich unter anderem auf das Fälschen von Karten und Vordrucken (z.B. Debit-/ Kreditkarten) - Schlüsselzahl 553000 - bezieht, erfuhr eine Zunahme von 138 auf 265 Fälle (+92,0%). Diese Delikte gehen häufig einher mit sog. „Skimming“-Fällen.³

Die Täter dürften nach wie vor nahezu ausschließlich aus Rumänien und Bulgarien stammen, wie Ermittlungserfolge in Frankfurt und Erkenntnisse aus dem Nachrichtenaustausch mit anderen Dienststellen zeigen.

Die Angriffe auf Geldausgabeautomaten, das sogenannten „Skimming“, haben nach Feststellung des Betrugskommissariates von 49 Angriffen im Jahre 2010 auf 24 Angriffe - davon elf Versuche - im Berichtsjahr abgenommen.

Offensichtlich machten sich die Präventionsbemühungen vieler Geldinstitute bezahlt, die ihre Geldautomaten umrüsteten und dadurch den Sicherheitsstandard erhöhten. Wirkung zeigen auch die zahlreichen polizeilichen Schwerpunktmaßnahmen sowie die offensive Öffentlichkeitsarbeit. Dies wird bei der Auswertung der aktuellen Angriffe auf GAA im 2. Halbjahr 2011 deutlich, bei denen hauptsächlich Filialen der Sparkassen und Volksbanken, die diese Umstellung zum größten Teil noch nicht vorgenommen haben, bevorzugtes Ziel der Täter waren.

Ein weiterer wichtiger Schritt, dem Phänomen „Skimming“ entgegenzuwirken, war der Entschluss einiger Großbanken, die Magnetstreifen der EC-Karten ihrer Kunden für Auslandsabhebungen zu sperren, und nur noch Abhebungen unter Verwendung der Kartenchips in den SEPA-Ländern (EU-Mitgliedsstaaten, EWR-Staaten, Schweiz u. Monaco) zuzulassen. Ständige Verbesserungen anderer Systeme, wie beispielsweise der Einbau von Anti-Skimming-Technik, trugen ebenfalls dazu bei, die ständig steigenden Fallzahlen aus den Vorjahren zu reduzieren.

Aufgrund verbindlicher Vereinbarungen im einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum (SEPA⁴) sollten bis zum 01.01.2011 alle Zahlungskarten, Geldautomaten und Bezahlterminals in den SEPA-Mitgliedstaaten auf EMV⁵-Chip-Technologie umgerüstet sein. Dadurch wird der Einsatz gefälschter Zahlungskarten innerhalb Europas wirkungsvoll unterbunden. Aufgrund der 2011 gemachten Erfahrungen fand eine Verlagerung der Verwertungsstaten in das außereuropäische Ausland, insbesondere in nord- und südamerikanische Staaten, statt. Verwertungsstaten innerhalb des SEPA-Raums wurden nur noch in Einzelfällen bekannt.

³ Ein Vorsatzgerät wird an einem Geldausgabeautomaten (GAA) angebracht und die Daten der GAA-Nutzer werden ausgelesen (Tatbestand § 202a StGB, Ausspähen von Daten [58 Fälle]). Unter Verwendung dieser ausgelesenen Daten werden total gefälschte Karten hergestellt, mit denen als Verwertungsstat Geldverfügungen an Automaten im Ausland stattfinden.

⁴ SEPA: Single Euro Payments Area – umfasst alle EU-Mitgliedsstaaten, EWR-Staaten (Europäischer Wirtschaftsraum), Schweiz und Monaco

⁵ EMV ist ein eingetragenes Warenzeichen und bedeutet: Europay, MasterCard und Visa

Verwandte Deliktphänomene:

Vermeehrt wurden Diebstahlshandlungen an Geldautomaten unter Anwendung der Tatbegehungsweise „Cash Trapping“ festgestellt. Unbekannte Täter manipulierten hierbei die Geldausgabautomaten mit einer Klebevorrichtung bzw. einer vorgebauten Blende dergestalt, dass das von den geschädigten Bankkunden abgehobene Geld nicht ausgegeben werden konnte. Sobald die Bankkunden vom Geldautomaten weggingen, um die vermeintliche Störung zu melden, entnahmen die Täter die Geldscheine und flüchteten. Die Straftaten werden statistisch als (banden-/ gewerbsmäßiger) Trickdiebstahl erfasst.

2.6 Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB)

Die sonstigen Straftaten nach dem Strafgesetzbuch haben insgesamt um 0,3 % auf 13.432 Fälle zugenommen. Während Erpressungen um 15 auf 72 Fälle (-17,2%) zurückgingen, nahmen **Wettbewerbs-, Korruptions- und Amtsdelikte** um 27 auf 46 Fälle (142,1%) zu. **Beleidigungen** und **Sachbeschädigungen** nahmen ebenfalls in geringem Umfang zu.

Straftaten gegen die öffentliche Ordnung - zu denen beispielsweise Widerstand gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruch zählen - reduzierten sich zwar in der Summe um 86 auf 1.950 Fälle (- 4,2%), doch entwickelten sich Teilbereiche unterschiedlich. Bei **Hausfriedensbruch** fielen die festgestellten Delikte um 124 auf 1.166 Fälle (- 9,6%). Bei den von der Frankfurter Polizei bearbeiteten Fällen lag jedoch eine Zunahme von 896 auf 922 Fälle vor (2,9%), während sich Zahlen (-137 Fälle= 34,9%) im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei ergeben (2010: 393; 2011: 256 Fälle mit Tatort Frankfurt).

Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte nahmen im Vergleich zum Vorjahr von 325 auf 370 Fälle auffallend zu (13,8%). Zu den 370 **Widerstandshandlungen** wurden statistisch 759 Opfer gezählt, darunter 121 Frauen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und veranlasste den Gesetzgeber, das Strafmaß bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungs- / Polizeibeamte von zwei auf drei Jahre zu erhöhen. Des Weiteren wurde der besonders schwere Fall um das „gefährliche Werkzeug“ erweitert.

2.7 Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze

Unter dem Begriff strafrechtliche Nebengesetze sind unter anderem Straftaten gegen ausländerechtliche Bestimmungen, Rauschgiftkriminalität, Straftaten auf dem Wirtschaftssektor sowie Straftaten auf dem Waffensektor zusammengefasst.

Durch die eklatante Zunahme der Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz erfuhr die gesamte Deliktgruppe eine Zunahme um 1.040 auf 21.228 Straftaten (5,2%), obwohl es bei den übrigen Straftatengruppen Rückgänge gab.

Straftaten gegen **ausländerrechtliche Bestimmungen** nach dem Aufenthalts-, Asylverfahrens- oder Freizügigkeitsgesetz haben um 13,7% erheblich zugenommen (+ 1.495 Fälle). Die Fallzahlen des Jahres 2011 mit 12.378 liegen im Langzeitvergleich annähernd bei den Werten des Jahres 1998 mit 13.164 Straftaten - dem bisherigen Höchstwert.

STRAFRECHTLICHE NEBENGESETZE	Jahr 2010			Jahr 2011			Veränderung 2010 / 2011			
	Fälle	geklärt	AQ	Fälle	geklärt	AQ	± Fälle	in %	± gekl.	in %
Strafrechtliche Nebengesetze	20.188	19.221	95,2	21.228	20.412	96,2	1.040	5,2	1.191	6,2
- ...auf dem Wirtschaftssektor	327	300	91,7	316	296	93,7	-11	-3,4	-4	-1,3
..sonst. strafr. Nebengesetze (u.a.Aufentf)	12.147	11.856	97,6	13.735	13.479	98,1	1.588	13,1	1.623	13,7
- Rauschgiftdelikte nach BtMG	7.639	7.012	91,8	7.118	6.594	92,6	-521	-6,8	-418	-6,0
- ST Nebenges. Umweltsektor	75	53	70,7	59	43	72,9	-16	-21,3	-10	-18,9

Von den für Frankfurt erfassten Fällen wurden 9.224 von der Bundespolizei (2010: 7.746) am Flughafen festgestellt und auch bearbeitet. Da die Statistik nach dem Tatortprinzip aufgebaut ist - unabhängig von der sachlichen Zuständigkeit - zählen diese Fälle in die Frankfurter Statistik und haben einen Anteil von 8,4% an der Gesamtkriminalität Frankfurts. Damit tragen sie leider auch zu der hohen Häufigkeitszahl bei, obwohl durch das Feststellen dieser Delikte kein Bürger bedroht oder unmittelbar materiell geschädigt wird (weitere Ausführungen auf S. 33).

Den größten Anteil am Delikttaufkommen haben jene Delikte, die im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise (5.275 Fälle) und illegalem Aufenthalt (4.976 Fälle) stehen. Die hohen Zunahmen sind unter anderem auf verdichtete Kontrollmaßnahmen am Flughafen Frankfurt zurückzuführen. Verändertes Anzeigeverhalten der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge trug ebenso zu höheren Fallzahlen bei wie die politische Entwicklung in den arabischen Ländern.

2.7.1 Waffenkriminalität

Fallzahlen im Zusammenhang mit dem **Sprengstoff-, Waffen- oder Kriegswaffenkontrollgesetz** nahmen um 85 auf 1.068 zu (8,6%). Den größten Anteil haben mit 95,7% die Verstöße gegen das Waffengesetz, deren jährliche Fallzahlen seit Änderung des Waffenrechts im Jahre 2003 zwischen 1.500 (2005) und 984 Fällen (2010) liegen.

2.7.2 Rauschgiftkriminalität

Rauschgiftdelikte reduzierten sich um 521 auf 7.118 Fälle (-6,8%), wobei sich die höchste Abnahme bei allgemeinen Verstößen (- 450 Fälle = -6,5%) nach dem BtMG zeigt. Von dieser Entwicklung waren konsumnahe ebenso betroffen wie Handelsdelikte (illegaler Handel und Schmuggel: - 28 Fälle = - 7,3%) sowie illegale Einfuhr von BtM (- 14 Fälle = - 12,5%).

Der Rückgang der Rauschgiftdelikte, lässt sich unmittelbar mit der Einrichtung einer Arbeitsgrup-

RAUSCHGIFT- KRIMINALITÄT	Jahr 2010			Jahr 2011			Veränderung 2010 / 2011			
	Fälle	geklärt	AQ	Fälle	geklärt	AQ	± Fälle	in %	± gekl.	in %
- Rauschgiftdelikte nach BtMG	7.639	7.012	91,8	7.118	6.594	92,6	-521	-6,8	-418	-6,0
- Allg. Verstöße gegen BtMG	6.876	6.289	91,5	6.426	5.940	92,4	-450	-6,5	-349	-5,5
- illeg. Handel/Schmuggel	382	363	95,0	354	336	94,9	-28	-7,3	-27	-7,4
- illegale Einfuhr/n.gering	112	110	98,2	98	97	99,0	-14	-12,5	-13	-11,8
- sonst. Verst. gg. das BtMG	269	250	92,9	240	221	92,1	-29	-10,8	-29	-11,6

pe zur Bekämpfung der international organisierten Rauschgiftkriminalität durch, insbesondere mazedonische Rauschgifthändler, der „AG Jade“ im Frühsommer 2011 in Zusammenhang bringen. Die Einrichtung dieser Arbeitsgruppe trägt zur Intensivierung der Bekämpfung des internationalen Rauschgifthandels im gesamten Rhein-Main-Gebiet bei.

Hierdurch soll die schon seit Jahren als notwendig erachtete und geforderte konzentrierte Ermittlungsführung gegen Straftätergruppierungen, deren dominierende Rolle beim Heroinhandel bereits seit 2003 im Rhein-Main-Gebiet festzustellen war, forciert werden.

In dieser Arbeitsgruppe sind Beamte des Polizeipräsidiums Frankfurt, des Zollfahndungsamtes Frankfurt und des Polizeipräsidiums Südosthessen personell zusammengeführt.

Ziel der Einrichtung der Arbeitsgruppe ist es, die Fortführung und Ausweitung internationaler Kooperationen auf dem Gebiet der Rauschgiftbekämpfung zu erweitern.

Die AG Jade konnte bis heute mehr als 65 Beschuldigte ermitteln und vorläufig festnehmen. Ihr gelang es 913 Gramm Kokain, 750 Gramm Amphetamin, 7.328 Gramm Cannabis, 19.207 Gramm Streckmittel und 16.060 Gramm Heroin sicherzustellen. Daneben konnten mehr als 150.000 Euro langfristig gesichert bzw. eingezogen werden.

Die in diesem Zusammenhang erfolgten Festnahmen und Inhaftierungen von Rauschgifthändlern und -kurieren verringerte die Zahl derer spürbar.

Durch den gestiegenen Verfolgungsdruck meiden diese zunehmend das Rhein-Main-Gebiet. Die damit einhergehende „Sogwirkung“ von „Unterabnehmern“ ließ nach, was zur Folge hatte, dass die „kleineren Festnahmen“ im 3 – 10 Gramm Bereich nachließen. Dies führte in letzter Konsequenz dazu, dass auch dementsprechend weniger Konsumenten festgenommen werden konnten. Hinzu kommt, dass sich die Klientel aufgrund des Verfolgungsdrucks konspirativer verhält und dadurch das Entdeckungsrisiko für sie geringer ist.

Im Zuge zunehmender Europäisierung, verbesserter internationaler Kooperationsmöglichkeiten, justitieller Verbesserungen bei der grenzüberschreitenden Abschöpfung inkriminierter Gelder und einer verbesserten Zusammenarbeit mit europäischen Zentralbehörden wie Europol und Eurojust sind spürbare Erfolge in der Bekämpfung des internationalen Rauschgifthandels zu erwarten.

Sicherstellungsmengen (Quelle: Asservatenstelle Polizeipräsidium Frankfurt am Main):

	2010	2011
Heroin	64,57 kg	43,96 kg
Kokain	11,75 kg	11,81 kg
Haschisch	431,95 kg	85,57 kg
Crack	0,46 kg	0,52 kg
Amphetamin	12,65 kg	48,87 kg
Marihuana	83,06 kg	60,45 kg
Khat	415,99 kg	515,16 kg
Rohypnol	2.089 St.	8.155 Stück

Die Zahl der Drogentoten hat sich 2011 um 7 Fälle auf 26 verringert. Der Missbrauch von Heroin war die am häufigsten registrierte Todesursache.

2.8 Wirtschaftskriminalität

Wirtschaftskriminalität nahm in der Summe um 140 auf 578 Fälle (-19,5%) ab, was sich aus rückläufigen Fallzahlen der Wikri bei Betrug und Insolvenzstraftaten ergab (-19 Fälle =-24,4%). Zunahmen der Wikri im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen (+ 23 Fälle = 25,3%) und Straftaten im Anlage- und Finanzbereich (um 24 auf 166 Fälle = +16,9%) entwickelten sich gegenläufig.

Wirtschaftskriminalität gehört zu den Delikten mit langer Bearbeitungszeit und Tatzeiten, die oft mehrere Jahre zurückliegen. Insofern sagen statistische Zahlen wenig über die reale bzw. aktuelle Kriminalitätslage aus. Auswertungen nach Tatjahren belegen, dass jeweils nur ca. 30% der in einem Jahr statistisch erfassten Straftaten auch im selben Jahr begangen wurden; bei der Gesamtkriminalität ist das Verhältnis umgekehrt, bei 70-75% Straftaten sind Erfassungs- und Tatjahr identisch.

Die Schadenssumme der Wirtschaftskriminalität, die sich 2010 auf 31,3 Millionen Euro belief, erhöhte sich 2011 - diametral zur Deliktsentwicklung - auf 74,0 Millionen Euro. Ausschlaggebend für die Schadenshöhe des Jahres 2011 war ein Verfahren wegen Veruntreuung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen, das vom Bayerischen LKA bearbeitet wurde. Der Geschädigte erstattete in München Strafanzeige.

Der Deutschlandsitz der betroffenen Bank ist in Frankfurt am Main.

2.9 Internetkriminalität

Das Internet spielt als virtuelles Tatmittel seit mehr als zehn Jahren eine bedeutende Rolle. Das Multimediazeitalter ermöglicht zwischenzeitlich den nahezu permanenten Zugriff auf Datennetze, sowohl ortsgebunden als auch mobil.

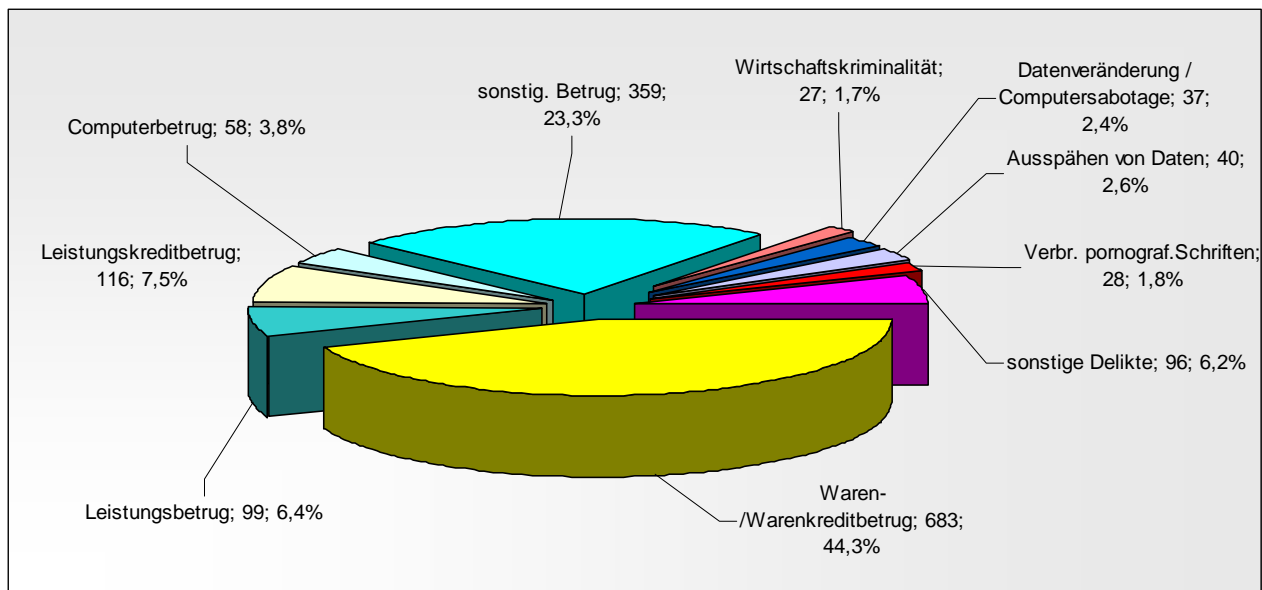
In welcher Weise das Internet zur Begehung von Straftaten eingesetzt wird, hängt dabei wesentlich vom Deliktstypus und vom technischen Know-how der Täter ab.

Die deliktische Bandbreite umfasst dabei "klassische" Straftaten, die in grenzenloser Weise erweitert werden, die Nutzung des Internets als Träger krimineller Äußerungen bis hin zu Angriffen auf die Infrastruktur des Internets selbst, mit dem Ziel, illegal Daten zu manipulieren oder die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von Systemen zu unterbinden.

Die Struktur der registrierten Internetkriminalität weist seit mehreren Jahren ein recht homogenes Bild auf.

Demnach spielen quantitativ vor allem die Vermögens- und Fälschungsdelikte, die Verbreitung (kinder-)pornografischer Schriften sowie Urheberrechtsverstöße eine dominierende Rolle.

Grafik 10: Struktur Internetkriminalität



Im Gegensatz zur hessischen Entwicklung mit einem leichten Plus nahmen die Zahlen bekannt gewordener Internetstraftaten mit Tatort Frankfurt am Main von 2.045 auf 1.543 um 502 Fälle ab (- 24,6%). Selbst wenn Betrugsdelikte mit 85,2% (1.315 Fälle) den größten Raum einnehmen, zeigt die Entwicklung seit 2007 eine steigende Tendenz auf dem Sektor der sogenannten Computerstraftaten. Dies wird bei **Computerbetrug, Datenveränderung und Computersabotage** sowie **Ausspähen von Daten** spürbar.

Tatorte mit unbekanntem Tatort - was nicht selten der Fall ist - oder Auslandstatorten werden aufgrund der sachlichen Zuständigkeit (z.B. bei der Erstattung einer Strafanzeige in Frankfurt) vom Internetkommissariat (K 35) bearbeitet, jedoch erscheinen diese Fälle (ca. 300 pro Jahr) nicht in der PKS für Frankfurt.

Vor dem Hintergrund fehlender Vorratsdaten zeigt sich eine relativ geringe Aufklärungsquote besonders in den Deliktsfeldern, die nahezu ausschließlich anhand technischer Datenspuren aufzuklären sind und zudem ausländische Bezüge aufweisen.

3 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Für den Bereich PMK wurden im Jahr 2011 insgesamt 459 Straftaten registriert. Dies ist ein Anstieg um 231 Fälle, der ausschließlich im Bereich des Linksextremismus registriert wurde.

Die Fallzahlen im Phänomenbereich Rechtsextremismus sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. 2011 wurden 106 Fälle (Vorjahr 105) registriert. Ein Großteil der Delikte mit 55 Fällen sind Propagandadelikte. Die AQ fiel infolge der Begehung von risikoärmeren Tatausführungen auf 33,9 % (Vorjahr 42,8 %).

Im Bereich Bergen Enkheim kam es im Juni 2011 zu einer angemeldeten Demonstration der „Nationalen Sozialisten Rhein-Main“, an der etwa 55 Teilnehmer beteiligt waren. Die Veranstaltung verlief unter Störeinwirkung von etwa 100 Gegendemonstranten ohne besondere Vorfälle.

Im Phänomenbereich des Linksextremismus ist ein Anstieg auf 353 erfasste Delikte (2010: 123) festzustellen. Die AQ liegt bei 47,6% mit 168 aufgeklärten Fällen (2010: 40,7%).

Die Mehrzahl der Strafverfahren mit linksextremistischer Motivlage entstanden im Zusammenhang mit demonstrativen Aktionen und der Kommunalwahl 2011.

Bei den Delikten handelte es sich meist um Sachbeschädigungen, Landfriedensbrüche sowie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz.

Die Gründe dafür liegen in der Weiterführung von studentischen Protestbewegungen im Rahmen der Kampagne zum „Bildungsstreik“. Die Kritik an den strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Hochschulen verschaffte der Bewegung neuen Auftrieb, was sich im Aufblühen themenbezogener Proteste äußerte.

Nach einer studentischen Vollversammlung kam es am 20.10.2011 zu einer Hausbesetzung durch Studenten im Frankfurter Westend mit 71 Personen.

Im Zuge der Bankenkrise kam es auch in Frankfurt zur Bildung einer „Occupy-Bewegung“, die in zahlreichen demonstrativen Aktionen ihre kapitalismuskritische Einstellung zeigte. Die Bewegung wahrte bewusst Distanz zu politischen Parteien und Verbänden. Die Aufzüge und Veranstaltungen verliefen friedlich und aus polizeilicher Sicht ohne nennenswerte Vorkommnisse.

Eine drohende Auseinandersetzung im Juli 2011 von etwa 70 Personen der linken Szene, die sich aufgrund einer Veranstaltung der Partei Ökolinx-ARL im Volkshaus Bergen Enkheim befanden und zwölf Aktivisten der Nationalen Sozialisten Rhein-Main, die sich ebenfalls im dortigen Bereich aufhielten, musste mit starken Polizeikräften unterbunden werden.

Im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität und des Islamismus ist festzustellen, dass die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus unverändert hoch geblieben ist. An der Lagebewertung des BKA aus dem Jahre 2010 hat sich nichts geändert.

Von Oktober bis Dezember 2011 kam es bundesweit zu diversen Aktionen jugendlicher PKK-Aktivisten, die die Haftbedingungen des PKK-Führers Öcalan thematisierten. In Frankfurt wurde Anfang Oktober kurzzeitig der Messturm von PKK-Anhängern besetzt.

4 Tatverdächtige (TV)

4.1 Tatverdächtige allgemein

Parallel zur Zunahme der aufgeklärten Fälle nahm die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen von 41.328 auf 42.142 um 814 TV (2,0%) zu.

Die Zunahme um 3,3% bezog sich ausschließlich auf erwachsene Tatverdächtige (2010: 33.768; 2011: 34.899).

Nach Deutschen und Nichtdeutschen differenziert, fällt auf, dass bei deutschen TV eine Abnahme vorliegt (- 771 TV = - 4,1%), und die Zahl der Nichtdeutschen von 22.567 auf 24.152 (- 1.585 = - 7,0%) stieg.

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen hat von 54,6% auf 57,3% zugenommen. Langfristig sind die Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger allerdings rückläufig. Die höchsten Werte wurden in den Jahren 1989 (62,8%), 1996 (62,7%) und 1997 (62,6%) erreicht.

Auffällig ist der Rückgang seit Beginn des neuen Jahrtausends, das neben der Anspruchseinbürgerung auch die vereinfachte Einbürgerung mit sich brachte. Ein Migrationshintergrund wird nicht erfasst.

Bis 2003 lag die statistische Tatbeteiligung ausländischer Tatverdächtiger bei durchschnittlich 62,1% und pendelte sich seitdem auf einem Mittelwert von 56,2% ein. Parallel dazu können die Zahlen ohne ausländerrechtliche Straftaten betrachtet werden, deren Verlauf - auf niedrigerem Zahlenniveau - fast deckungsgleich verlief und sich von durchschnittlichen 52,1% auf 45,9% reduzierte.

Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ = Zahl der Tatverdächtigen bezogen auf 100.000 Einwohner) eignet sich zur vergleichenden Betrachtung der Kriminalitätsbelastung verschiedener Bevölkerungsgruppen oder bestimmter Altersgruppen.

Sie stellt eine Relation her zwischen der Zahl der ermittelten Tatverdächtigen und der Anzahl der amtlich gemeldeten Einwohner (der jeweiligen Altersgruppe). Die TVBZ ist insofern kritisch zu betrachten, weil sie in ihren Bezugsgrößen ein doppeltes Dunkelfeld beinhalten kann. Zum einen bezieht sie sich nur auf die ermittelten Tatverdächtigen des Hellfeldes und zum anderen enthält die Bevölkerungszahl ausschließlich amtlich gemeldete Einwohner.

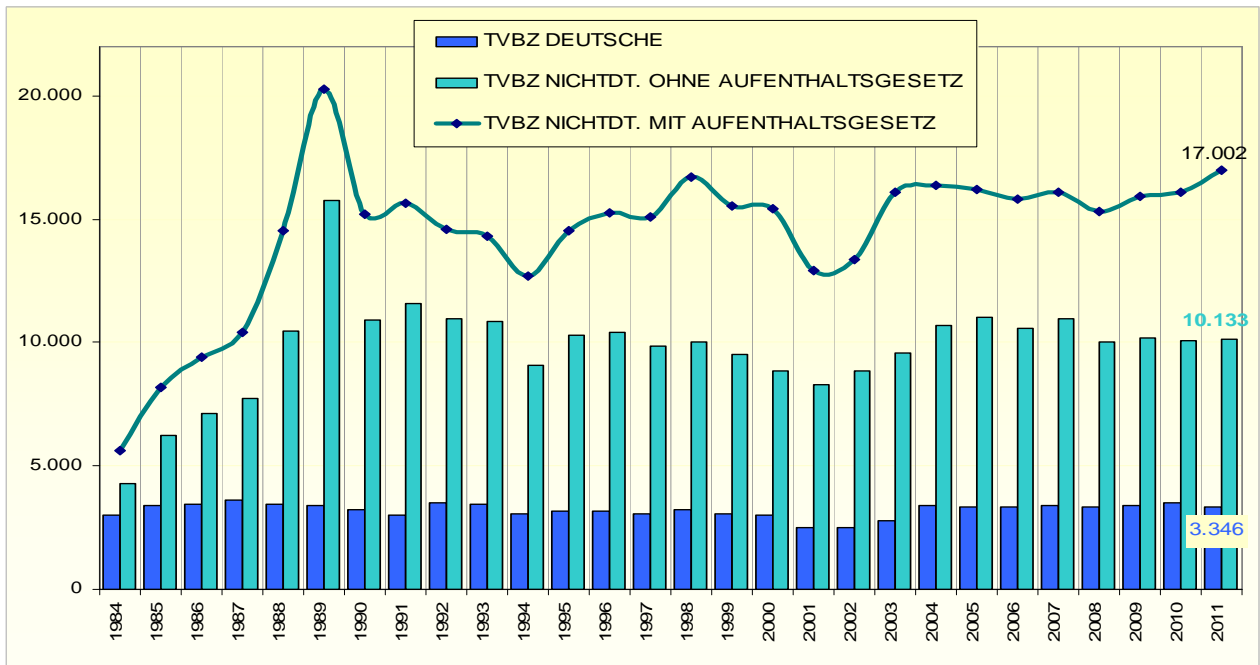
Da die Kriminalität in Frankfurt zu einem erheblichen Teil von Tatverdächtigen begangen wird, die sich illegal hier aufhalten (9.927) oder ohne festen Wohnsitz sind (10.583) und Zahlen dieses Personenkreises nicht in der Einwohnerzahl enthalten sind, kommt es zu einer Verzerrung.

Die TVBZ hat 2011 analog zur gestiegenen Tatverdächtigenzahl von 6.151 auf 6.200 zugenommen (Hessen: Abnahme von 2.564 auf 2.507).

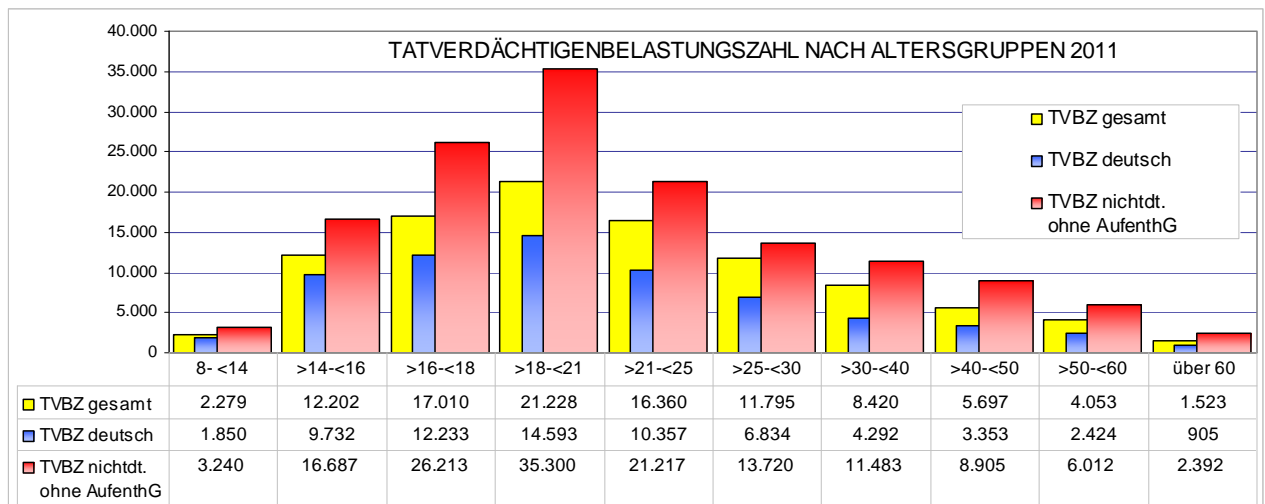
Analysiert man die Bevölkerungsstruktur hinsichtlich der einzelnen Altersgruppen bei Deutschen und Nichtdeutschen, ergibt sich, dass Ausländer zwischen 8 und 30 Jahren (40.930 Ew.) einen Anteil von 28,8% an der Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung haben (Deutsche nur 21,8%).

Daraus lässt sich folgern, dass in den kriminalitätsgefährdeten Altersgruppen Nichtdeutsche weit- aus stärker vertreten sind als Deutsche, was in der mehr als dreifach höheren TVBZ zum Ausdruck kommt (Nichtdeutsche ohne Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz: 10.133; Deutsche: 3.346).

Abschließend sei noch angeführt, dass sich bei Nichtdeutschen zudem die regional höhere Konzentration in Großstädten in der TVBZ widerspiegelt.



Grafik 12: Tatverdächtigenbelastungszahlen nach Altersgruppen



Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger liegt bei 27,3%; ohne ausländerrechtliche Straftaten bei 23,7%. Eine differenzierte Betrachtung nach Altersgruppen zeigt, dass seit 2004 der Anteil weiblicher TV innerhalb der Gruppe der unter 21-Jährigen mit 31,6% (2010: 31,1%) höher ausfällt als bei den Erwachsenen mit 26,4%.

In Frankfurt kommen mehr als die Hälfte aller Tatverdächtigen von außerhalb. Nur 17.138 (40,7%) der ermittelten Tatverdächtigen hatten zum Tatzeitpunkt ihren Wohnsitz in Frankfurt (zum Vergleich Hessen: 55,6%). 14,7% der Tatverdächtigen waren ohne festen Wohnsitz (Hessen: 8,3%) und 23,3% der Frankfurter Tatverdächtigen hatten 2011 ihren Wohnsitz im Ausland (Hessen: 8,2%). Bleiben die Tatverdächtigen außer acht, die Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz begingen, liegt die Zahl Wohnsitzloser dennoch bei 14,6% (Hessen: 7,0%) und die der TV, die im Ausland wohnten, bei 7,1% (Hessen: 3,3%).

Dieser Vergleich belegt, dass die Zahlen einer Großstadt die des ganzen Bundeslandes enorm beeinflussen - bis hin dazu, dass ihr Vergleich nicht aussagekräftig ist, weil in Städten andere Sozialstrukturen existieren.

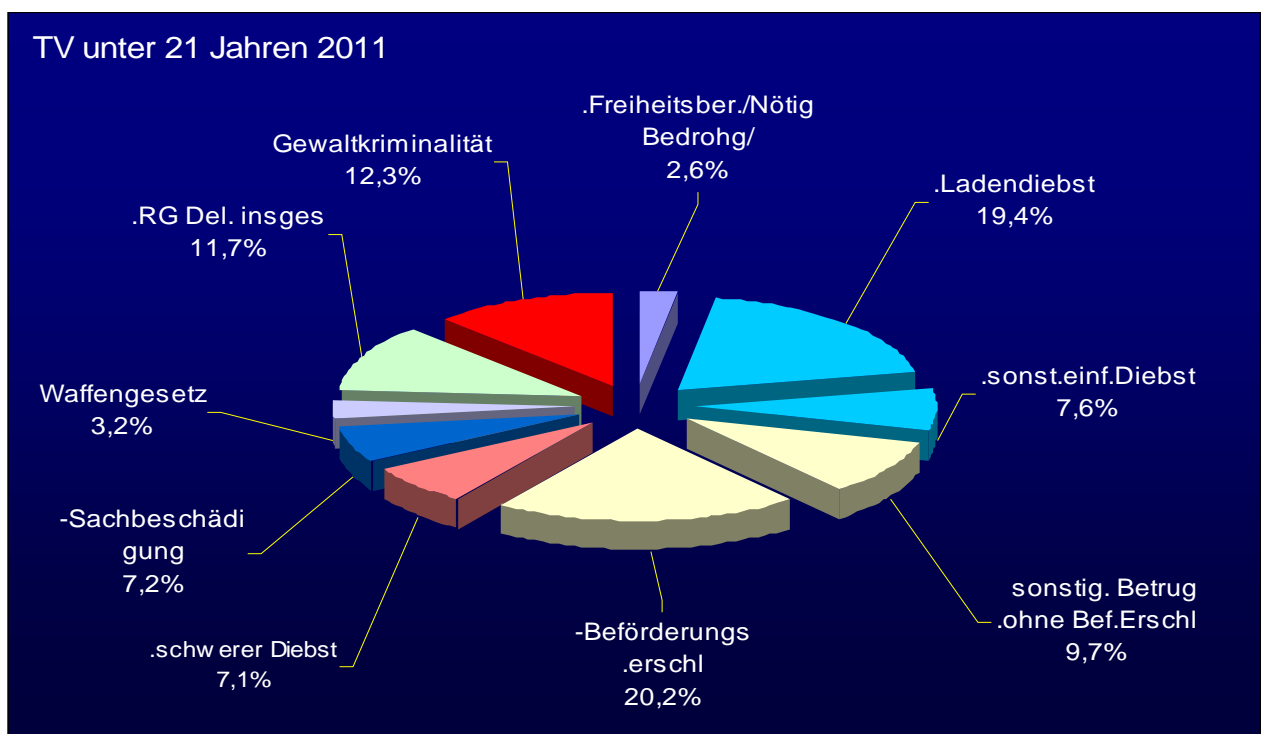
4.2 Jugendkriminalität

Der Anteil der Kinder (Alter: acht bis unter 14 Jahre) an allen Tatverdächtigen beträgt 1,9% (2010: 2,0%). 7,0 % (2010: 7,2%) der Tatverdächtigen stellen Jugendliche (Alter: 14 bis unter 18 Jahre). Heranwachsende Tatverdächtige (Alter: 18 bis unter 21 Jahre) sind mit einem Anteil von 8,4% (2010: 9,1%) registriert worden.

Die Straftaten von ermittelten Tatverdächtigen zwischen acht und unter 21 Jahren werden polizeilich unter dem Begriff Jugendkriminalität subsumiert. Zu den jugendspezifischen Delikten zählen insbesondere Diebstahlsdelikte (Laden-, Fahrrad- und Kraftraddiebstähle), Sachbeschädigung sowie Gewaltdelikte (Raub und Körperverletzungsdelikte).

Die Zahl der tatverdächtigen Kinder hat sich 2011 im Vergleich zum Vorjahr (822) um 38 auf 784 (- 4,6%) reduziert. Bei den Jugendlichen sank die Anzahl der Tatverdächtigen im gleichen Zeitraum um 47 auf 2.933 (- 1,6%). Die Zahl der tatverdächtigen Heranwachsenden ist im Vergleich zum Vorjahr um 232 auf 3.526 (-6,2%) gefallen.

Grafik 11: Verteilung der unter 21-Jährigen Tatverdächtigen auf verschiedene Deliktsbereiche



Die Ursachen der Jugendkriminalität sind von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Eine Intensivierung der Präventionsarbeit kann zu einer dauerhaften Reduzierung der Jugenddelinquenz und einer damit einhergehenden Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beitragen.

Im Januar 2011 nahm in Frankfurt das „Haus des Jugendrechts“ seine Arbeit auf. Dieses soll ebenso wie das Programm BASU21 dazu beitragen, die Bekämpfung von Jugenddelinquenz durch behördenübergreifende Zusammenarbeit zu optimieren. Durch die enge Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe unter einem Dach sollen behördliche Reaktionen und Sanktionen bei delinquentem Verhalten junger Menschen beschleunigt werden.

5 Opfer

Opfer sind natürliche Personen, gegen die sich rechtswidrige Handlungen gerichtet haben. Opfer werden bei Verbrechenstatbeständen wie Straftaten gegen das Leben, Sexualdelikten, Raubdelikten, Körperverletzungen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit statistisch erfasst.

2011 wurden 10.834 Opfer registriert (2010: 10.088). Der Anteil weiblicher Opfer lag mit 4.180 Geschädigten bei 38,6%.

80,7% der Opfer waren Erwachsene (davon 495 älter als 60 Jahre). 563 Kinder (5,2%), davon 114 Kinder unter sechs Jahren, wurden Opfer von schweren Straftaten, ebenso 641 (5,9 %) Jugendliche und 899 (8,3%) Heranwachsende.

Tabelle 1: Gesamtzahl der Opfer seit 2005

Opfer gesamt	gesamt	unter 6 J.	6 bis < 14 J.	14-<18 J	18-<21 J.	21-<60 J.	über 60 J.
2005	10.842	275	529	895	830	7.702	611
2006	10.516	85	491	784	939	7.494	723
2007	9.915	85	451	795	909	7.117	558
2008	9.695	94	477	825	870	6.927	502
2009	10.023	71	477	693	910	6.754	579
2010	10.088	81	472	784	892	7.337	522
2011	10.834	114	449	641	899	8.246	495
± absolut ggü 2010	746	33	-23	-143	7	909	-27
± in % ggü 2010	7,4 %	40,7 %	-4,9%	-18,2%	0,8 %	12,4 %	-5,2%

Tabelle 2 Gesamtzahl der Opfer seit 2005 (deliktsbezogen)

OPFER	Gesamtzahl	Tötungsdelikte	Sexualdelikte	Raub	vors. leichte Körperverl.	gefährl. KV	Freiheitsberaubung	Nötigung	Bedrohung
männlich 2005	6.393	22	64	875	2.096	1.907	20	461	846
männlich 2006	6.260	30	47	808	2.036	2.136	30	413	644
männlich 2007	6.037	41	383	340	1.959	1.881	16	445	605
männlich 2008	5.787	41	40	764	1.949	1.831	14	414	576
männlich 2009	5.906	31	26	858	2.008	1.829	18	387	587
männlich 2010	6.016	34	47	801	2.090	1.871	42	410	573
männlich 2011	6.654	33	22	898	2.194	1.819	9	343	516
w eiblich 2005	4.449	5	503	360	1.613	748	82	305	721
w eiblich 2006	4.256	8	415	356	1.567	921	79	224	560
w eiblich 2007	3.878	18	39	897	1.515	657	55	221	487
w eiblich 2008	3.908	15	375	283	1.557	657	41	195	453
w eiblich 2009	4.117	11	378	349	1.646	665	53	222	471
w eiblich 2010	4.072	15	379	310	1.618	685	17	208	496
w eiblich 2011	4.180	10	393	358	1.592	690	50	208	413
gesamt 2005	10.842	27	567	1.235	3.726	2.655	102	766	1.567
gesamt 2006	10.516	38	462	1.164	3.726	3.057	109	637	1.204
gesamt 2007	9.915	59	422	1.237	3.474	2.538	71	666	1.092
gesamt 2008	9.695	56	415	1.047	3.506	2.488	55	609	1.029
gesamt 2009	10.023	42	404	1.207	3.654	2.494	71	609	1.058
gesamt 2010	10.088	49	426	1.111	3.708	2.556	59	618	1.069
gesamt 2011	10.834	43	415	1.256	3.786	2.509	59	551	929

Mit der Einführung von Opferschutzbeauftragten wurde in Frankfurt am Main der Präventionsoffensive ein weiterer Baustein hinzugefügt. Ein regelmäßiger Austausch zur Intensivierung des Opferschutzes findet im Rahmen von Workshops, Arbeitstagen auf überregionaler und regionaler Ebene und einer interdisziplinären Fachtagung für Hilfseinrichtungen, Justiz und Polizei im Hessischen Landeskriminalamt statt.

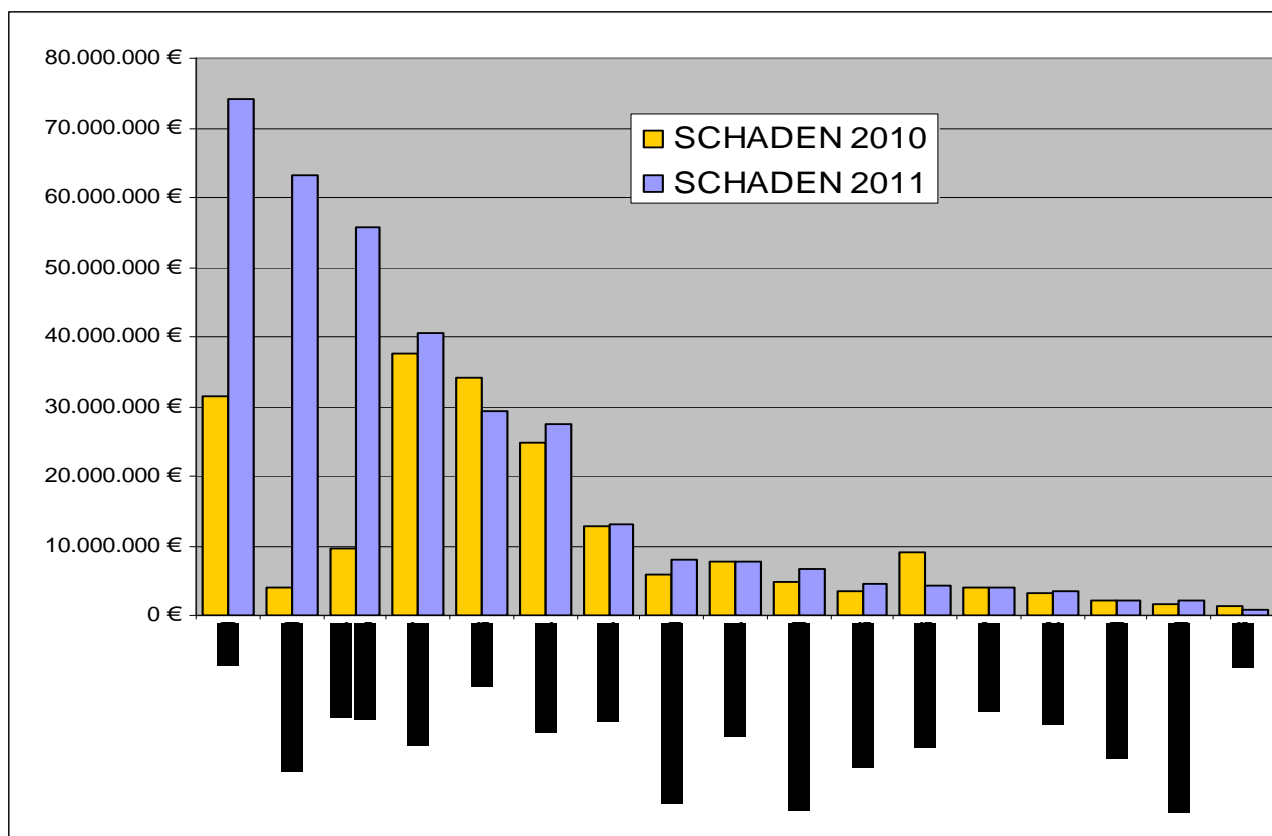
Der Opferschutz hat darüber hinaus in der polizeilichen Aus- und Fortbildung einen immer höheren Stellenwert erhalten und wird im polizeilichen Alltag immer stärker beachtet (z. B. Betreuung von Opfern nach Wohnungseinbruchdiebstählen, Vermittlung von Opfern an Opferhilfeeinrichtungen sowie Videovernehmung zur Verhinderung von mehrfachen Befragungen etc.).

6. Schaden

In der Polizeilichen Kriminalstatistik werden Schäden nur bei vollendeten Eigentums- und Vermögensdelikten erfasst und beziehen sich auf den Verkehrswert des rechtswidrig erlangten Gutes. Im Jahr 2011 wurden Schäden in Höhe von ca. 147,3 Millionen Euro (Vorjahr ca. 31,3 Millionen Euro) registriert.

Die signifikante Zunahme um insgesamt 70% ist auf abgeschlossene Strafverfahren auf dem Sektor der Wirtschaftskriminalität / Veruntreuungen zurückzuführen. Hierbei entstanden knapp 60 Millionen Euro Schaden, der wiederum 43% am Schaden der Gesamtkriminalität ausmacht.

FRANKFURT	SCHADEN 2010	SCHADEN 2011	± ggü. 2010 absolut	± ggü. 2010 in%	in % von Gesamt- schaden 2011
WIKRI	31.340.141 €	74.076.316 €	42.736.175 €	136,4	50,3%
VERUNTREUUNGEN	3.889.231 €	63.244.871 €	59.355.640 €	1526,2	42,9%
- Betrug/Untr. Kapitalanlagen	9.622.711 €	55.825.382 €	46.202.671 €	480,1	37,9%
DIEBST.GESAMT	37.546.405 €	40.469.141 €	2.922.736 €	7,8	27,5%
BETRUG	34.163.173 €	29.275.413 €	-4.887.760 €	-14,3	19,9%
SCHW. DIEBST.	24.744.767 €	27.388.799 €	2.644.032 €	10,7	18,6%
EINF. DIEBST.	12.801.638 €	13.080.342 €	278.704 €	2,2	8,9%
Waren-/Warenkreditbetrug	5.990.572 €	8.072.420 €	2.081.848 €	34,8	5,5%
D. IN/AUS WHG.	7.713.455 €	7.740.954 €	27.499 €	0,4	5,3%
D. a.DIENST-/BÜRORAUM	4.931.849 €	6.557.622 €	1.625.773 €	33,0	4,5%
UNTERSCHLAGUNG	3.391.549 €	4.581.587 €	1.190.038 €	35,1	3,1%
ANLAGEBETRUG	8.975.528 €	4.389.382 €	-4.586.146 €	-51,1	3,0%
D. VON PKW	4.004.814 €	3.901.202 €	-103.612 €	-2,6	2,6%
D. IN/AUS KFZ	3.207.465 €	3.386.846 €	179.381 €	5,6	2,3%
D.v. FAHRRÄDERN	2.197.159 €	2.175.023 €	-22.136 €	-1,0	1,5%
D. in/aus Verkaufsr.(incl. LD)	1.718.960 €	2.127.543 €	408.583 €	23,8	1,4%
RAUB	1.386.746 €	760.133 €	-626.613 €	-45,2	0,5%
F GESAMT	86.616.148 €	147.280.092 €	60.663.944 €	70,0	100,0%



7 Maßnahmen der regionalen Sicherheit / Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen

Mit dem Programm „Regionale Sicherheit“ wurde ein hessenweites Einsatzkonzept ins Leben gerufen, welches die örtlichen Polizeipräsidien durch temporäre oder auch langfristige Zuweisungen von Unterstützungskräften der Bereitschaftspolizei bei der nachhaltigen Bewältigung von regionalen Schwerpunkten unterstützt.

Wie bereits unter dem Punkt „Tatverdächtige“ ausgeführt, stammen knapp die Hälfte der ermittelten Tatverdächtigen nicht aus Frankfurt.

Zur Überwachung vor allem dieser mobilen Tatverdächtigen führt die Frankfurter Polizei regelmäßig verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen durch.

Im Jahr 2011 wurden in Frankfurt 85.262 (2010: 54.670) solcher Kontrollen auf öffentlichen Straßen und in Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs durchgeführt, die zur Einleitung von insgesamt 7.648 Ermittlungsverfahren geführt haben (2010: 4.478 Ermittlungsverfahren).

Generell wurden die Kontrollen im Jahre 2011 verdichtet, wobei der Anstieg der Kontrollmaßnahmen auch auf die Großereignisse, wie z. B. Innenministerkonferenz, Internationale Automobilausstellung, Verabschiedung des EZB-Präsidenten oder Frauen-Fußball-WM, zurückzuführen ist. Auch die im Zusammenhang mit deliktsbezogenen Schwerpunktsetzungen (Umsetzung der Wohnungseinbruchs-, sowie Kfz-Diebstahlskonzeption) durchgeführten Kontrollmaßnahmen führten zu einer evidenten Erhöhung der Kontrollzahlen.

Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 5.174 Festnahmen durchgeführt (2010: 2.964). Dabei konnten auch 514 Haftbefehle vollstreckt werden (2010: 289).

So wurde am 13.11.2011 auf der BAB 3, am Frankfurter Kreuz, ein niederländisches Fahrzeug mit drei Nordafrikanern kontrolliert. Bei einem der Fahrzeuginsassen wurde eine elektronische Fußfessel festgestellt. Die Ermittlungen über die grenzpolizeiliche Verbindungsstelle und das BKA ergaben, dass diese Person in den Niederlanden wegen Totschlags rechtskräftig verurteilt war und sich im offenen Vollzug befand. Zwecks Auslieferung erließ die niederländische Justiz einen internationalen Haftbefehl, so dass eine Vorführung beim Haftrichter erfolgen konnte.

8 Kriminaltechnik (DNA und Erkennungsdienst)

In der Erhebung von DNA-Material bei ermittelten Tatverdächtigen aus Straftaten mit erheblicher Bedeutung belegt das Polizeipräsidium Frankfurt in Hessen den Spitzenplatz der Präsidien mit einer Quote von 40,7%. Bei 1.159 für DNA-Maßnahmen in Frage kommenden Tatverdächtigen konnten von 472 DNA-Proben erhoben werden.

Die Quote aus dem Vorjahr 2010 mit 36,4 % wurde damit deutlich verbessert.

Die in der DNA-Datei vom Präsidium Frankfurt erzielten Treffer liegen mit 482 an der Spitze in Hessen. Der Großteil der Treffer wurde mit 363 im Bereich der Diebstahls- und Unterschlagungsdelikte erreicht.

Auch im Bereich der erkennungsdienstlichen Behandlungen liegt das Polizeipräsidium Frankfurt mit einer Quote von 60,3% auf dem absoluten Spitzenplatz. Verglichen zum Vorjahr 2010 wurde der Wert wieder um etwa 1 %-Punkt gesteigert. Im Durchschnitt in Hessen liegt die Quote bei 47,9%.

Die Anzahl der 2011 in Frankfurt vom Erkennungsdienst bearbeiteten Spurenfälle lag bei 890. Daraus wurden 1590 Fingerspuren und 301 Handflächenspuren gesichert, die in das Automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS) eingegeben wurden. Das System erzielte 273 Finger- und 48 Handflächenspuren-Treffer. Resultierend aus diesen Treffern konnten 216 Personen als Spurenverursacher und somit als Tatverdächtige identifiziert werden. Dies entspricht einer Quote von 24,7 % und unterstreicht den hohen Stellenwert daktyloskopischer Spurensicherung an Tatorten.

9 Prävention

Die im Jahr 2009 in ganz Hessen initiierte Präventionsoffensive wurde in Frankfurt am Main konsequent fortgesetzt.

So wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Präventionsbereiches im Polizeipräsidium über 527 Objekt- und 121 Verhaltensberatungen durchgeführt, die alle zum Ziel hatten, Bürgerinnen und Bürger so zu informieren, dass sie nicht Opfer von Straftaten werden.

An dieser Stelle möchten wir auch darauf hin weisen, dass die Frankfurter Polizei weiterhin kostenlose Beratungen zum Schutz von Wohnobjekten und Verhaltensberatungen anbietet.

Die Kontaktaufnahme für interessierte Bürgerinnen und Bürger erfolgt über die

Polizeiliche Beratungsstelle
Zeil 33 – neben dem 1. Polizeirevier
60313 Frankfurt am Main
Tel. 069-75 55 55 55

Auch im Bereich der Schulen wurden im Jahr 2011 insgesamt 362 Vorträge und Referate in Lehr-einrichtungen gehalten.

Auf der Internetseite www.netzwerk-gegen-gewalt.de sind zahlreiche Veranstaltungen mit Beteiligung der Polizei in Frankfurt abrufbar. Dort ist auch der „Präventionsatlas“ zu finden, in dem für Frankfurt viele Präventionsangebote eingestellt sind.

Bei dem Training und der Mentorenausbildung „Cool sein – cool bleiben“ werden zunächst ältere Schüler der Jahrgangsstufen 9 - 10 geschult, die dann in Projekttagen und –wochen jüngeren Schülern der Klassen 5 - 7 ihr Wissen weitervermitteln.

Unter dem Motto „Eigenständig werden“ erfolgt unter anderem durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei eine Lehrerfortbildung als Baustein für Schülerinnen und Schüler der 3. bis 4. Klassen.

Im bewährten Projekt PIT (Prävention im Team) führen die Schule zusammen mit der Jugendhilfe und der Polizei Projekttag durch.

Annex: Häufigkeitszahl (HZ) und deren Bedeutung für die Stadt Frankfurt am Main.

In der jährlich veröffentlichten PKS des Bundes und der Länder wird die registrierte Gesamtkriminalität der Länder und Städte dargestellt und anhand der HZ im Vergleich zueinander abgebildet.

Regelmäßig erzielt Frankfurt am Main in dem Vergleich der Städte in Bezug auf die Häufigkeitszahl einen hinteren Rang und wird mitunter als „Hauptstadt des Verbrechens“ tituiert. Die diesjährige HZ lag bei 16.137 (2010: 15.977).

Die für die HZ zugrunde liegenden Parameter, nämlich die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten auf 100.000 Einwohner, lassen sich aufgrund der sehr unterschiedlichen Strukturen und Einflussfaktoren aber nicht uneingeschränkt miteinander vergleichen.

Ein fachlicher und damit aussagekräftiger Vergleich Frankfurts mit anderen Großstädten ist alleine anhand der HZ aufgrund der besonderen Struktur der Stadt Frankfurt nicht möglich. Im Zuständigkeitsbereich des Präsidiums Frankfurt befindet sich der internationale Flughafen als logistischer sowie wirtschaftlicher Dreh- und Angelpunkt in Europa. Bedeutend ist auch die hohe Kontrollichte im Stadtgebiet (Ein- und Ausreisekontrollen sowie allgemeine Personenkontrollen durch die Bundespolizei am Frankfurter Flughafen und im Bahnhof, landespolizeiliche Kontrollen in Brennpunktbereichen, wie dem Rauschgift- und Rotlichtmilieu und an überregional bedeutsamen Bundesautobahnen rund um das Frankfurter Kreuz sowie Kontrollen im ÖPV). Dies bedingt eine außerordentlich hohe Zahl entdeckter Straftaten, der sogenannten Kontrolldelikte, die sich in der PKS und auf die HZ auswirken. Hinzu kommt vor allem aber eine bundesweit einmalige Pendlerquote in Höhe von weit mehr als 300.000 täglichen Berufspendlern, hohe Personenbewegungen über den Flughafen und den Hauptbahnhof, große Besucherzahlen aufgrund international bedeutender Messen, aufgrund touristischer Attraktionen sowie im Zusammenhang mit dem Frankfurter Banken- und Finanzmarkt.

Diese Faktoren führen täglich fast zu einer Verdopplung der in der Stadt befindlichen Personen auf mehr als 1 Million Menschen, was bei der Bemessung der Häufigkeitszahl jedoch keinerlei Berücksichtigung findet.

Eine differenziertere Betrachtung der Kriminalität und der Anzahl der in der Stadt befindlichen Menschen wäre zielführender, würde Frankfurt am Main einen weit realistischeren Platz in der Skala bescheren und eine passende Aussage zur Sicherheitslage in der Stadt ermöglichen.

Diese differenziertere Betrachtung wurde mittlerweile vom Bundesinnenminister in Aussicht gestellt und könnte bei der nächsten statistischen Erhebung bereits Berücksichtigung finden.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang auch das Ergebnis einer Bürgerbefragung des Instituts für Psychologie in Greifswald im Rahmen des Projekts „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt (KoSiPol)“, veranlasst durch die Stadt Frankfurt.

Im April 2011 wurde dazu eine Bürgerbefragung zur Thematik „subjektives Sicherheitsempfinden“ durchgeführt; das Ergebnis wurde im Dezember 2011 veröffentlicht.

Als Resultat wurde festgestellt, dass sich rund 85% der Bürger Frankfurts tagsüber sehr sicher bzw. sicher fühlen, wenn sie in ihrer Wohngegend auf der Straße unterwegs sind. In der Nacht fühlen sich noch etwa 71% sicher. Zudem wird die Furcht vor bestimmten Straftaten durch die Bevölkerung in Frankfurt am Main als sehr gering eingeschätzt, ebenso wie das Risiko innerhalb des nächsten Jahres Opfer einer Straftat zu werden.

Zusammenfassend teilt das Institut mit, dass in Frankfurt am Main eine geringe Furcht herrscht, eine geringe Viktimisierungswahrscheinlichkeit wahrgenommen wird und die Bürgerinnen und Bürger sozial gut eingebunden sind, so dass selten Schutz- und Vermeidungsverhalten ausgeführt werden, mithin: Die Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt fühlen sich sicher.

Hieran weiter zu arbeiten bleibt Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main.